



Druckversion

kobinet-nachrichten 27.11.2012 - 14:56

URL: <http://www.kobinet-nachrichten.org>

## Bundesgesetzliche Vorgaben im Sinne der Inklusion vorantreiben!



Alexander Hübner ©privat

Münchenbernsdorf (kobinet) Mit Urteil vom 27.03.2012 widersprach das Sozialgericht München der Ansicht des Bezirkes Oberbayern, dass KFZ-Hilfe nur behinderten Menschen in Arbeit zustünde. Obgleich der Gesetzestext eindeutig ist, rief der Bezirk Oberbayern die zweite Instanz an. Dieses Verhalten nahmen die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zum Anlass, einen Antrag "KFZ-Beihilfen für Menschen mit Behinderung bedarfsorientiert bewilligen – Teilhabegrundsatz der Eingliederungshilfe umsetzen" zu stellen. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit des Freistaat-Parlamentes fügte noch den Zusatz hinzu: "Darüberhinaus sind bundesgesetzliche Vorgaben im

Sinne der Inklusion voranzutreiben." Diese Beschlussempfehlung aller Fraktionen wurde im Parlament in der folgenden Formulierung verabschiedet: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf den Verband der bayerischen Bezirke und die einzelnen Bezirksregierungen einzuwirken, die Eingliederungshilfeleistung der KFZ-Beihilfe für Menschen mit Behinderung bedarfs- und teilhabeorientiert auszugestalten und nicht auf die Teilhabe am Arbeitsleben zu beschränken. Darüberhinaus sind bundesgesetzliche Vorgaben im Sinne der Inklusion voranzutreiben."

Alexander Hübner vom Verein "Mobil mit Behinderung" MMB e.V. in einer Mitteilung an kobinet: "Es wurde höchste Zeit, dass dem Treiben der Bezirke in Bayern Einhalt geboten wird. Wir erwarten, dass der Bezirk Oberbayern unverzüglich seine Rechtsmittel gegen den Beschluss des Sozialgerichtes München zurückzieht. Wir gehen davon aus, dass seine Ablehnung des Urteiles in der zweiten Instanz ohnehin keinen Bestand mehr hat. Diese Erfahrung musste auch ein Kostenträger in Baden-Württemberg machen, der in einer ähnlichen Angelegenheit vor dem dortigen Landessozialgericht unterlegen war. Die Aufforderung an die Regierung des Freistaates, die Bezirke aufzufordern, bundesgesetzliche Vorgaben im Sinne der Inklusion voranzutreiben, bewirkt auch, dass die Behindertenrechtskonvention Einzug in das Denken der Bezirke halten

muss. Das Ping-Pong-Spiel der Verantwortlichkeiten hat damit ein Ende. Die bayerischen Bezirke spielen oftmals die Bösen, während in München die Guten zuhause sind. Angesichts der Wahlen in zehn Monaten geht dieses Spiel nicht mehr. Mit der Verletzung von Gesetzen ist auch in Bayern kein Staat mehr zu machen!" gba

weiterführende Links:

[Urteil des Sozialgerichtes München vom 27.03.2012, Az.: S 48 SO 485/10](#)

[Antrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 14.06.2012 Drucksache 16/12813](#)

[Beschlussempfehlung des Landtagsausschusses vom 05.07.2012](#)

[Urteil des Landessozialgerichtes Baden Württemberg vom 26.09.2012, Az.: L 2 SO 1378/11](#)

[Beschluss des Bayerischen Landtages vom 17.10.2012, Drucksache 16/14125](#)

[Share](#) |

0

Folgen

[<< vorherige Nachricht](#)

[nächste Nachricht >>](#)

[Leserbrief schreiben](#)

[Artikel versenden](#)

### Leserbriefe zu diesem Artikel:

Kai Krähling schrieb am 15.12.2012, 08:57

#### **Inklusion und Teilhabe**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
der Bundesverband Leo-Jonas e.V. begrüßt das voranschreiten im Rahmen des  
paradigmenwechsels der Gesellschaft zu einer  
Inklusiven Gesellschaft. Schön das Bayern nun diesbezüglich eine Vorbildfunktion  
übernimmt.

Wir haben seit 2008 ein Verfahren für Kfz-Hilfe für meinen nun 9 jährigen Sohn  
anhängig. Beschaffung und Betriebskosten.

Erste Instanz Sozialgericht Koblenz, Punkt für uns.

Zweite Instanz Mainz, unglücklich gelaufen, Punkt für den Kreis und  
nichtzulassung der Revision.

Nun Revision Zugelassen, mündliche Verhandlung ca. 1.-2. Quartal 2013 vor dem  
Bundessozialgericht. Es geht eben genau um die hier vorgestellte Geschichte als  
globale Frage: Teilhabeleistungen im Rahmen der Kfz-Hilfe für Personen die nicht  
Arbeiten unter Aspekten des

Umsetzungsgedankens der Un-Charta.

Wir werden den Termin sobald er bekannt ist auf der Verbandsseite [www.leo-jonas.de](http://www.leo-jonas.de) veröffentlichen. Ich werde selber mit einer Delegation meines Verbandes und natürlich meinem Sohn dabei sein.

Mit freundlichen Grüßen,

Kai Krähling,  
Präsident Bundesverband Leo-Jonas e.V.

---

Marina Dettke schrieb am 12.12.2012, 12:07

### **Mobile Unterstützung für Menschen mit Behinderung**

Meine Frau ist seit 2005 an MS erkrankt, an den Rollstuhl gebunden und 100% Schwerbeschädigt und somit voll auf meine Hilfe angewiesen. Sie möchte genau wie auch ein gesunder Mensch am öffentlichen Leben teilnehmen. Somit sind wir gezwungen uns ein neues Auto zuzulegen das ich sie besser umsetzen kann und mir es auch leichter fällt.

Leider interessiert das keinen von diesen Herrschaften. Wir kämpfen schon seit geraumer Zeit und betteln um Geld das wir uns endlich den Traum erfüllen können. Es geht nur um ca. 20000 Euro. Bloß gut das ich den MMB kennengelernt habe der mich sehr in unserem Vorhaben unterstützt.

Durch die Pflege meiner Frau bin ich in Hartz 4 gerutscht. Das Leben ist für uns nicht einfach und das ist auch genauso ein voller Arbeitstag wenn nicht schlimmer.

Wir würden uns freuen wenn endlich etwas seitens der Regierung für die Mobilität von behinderten Menschen getan würde.

---

Familie Joachim Wolf schrieb am 11.12.2012, 22:17

### **endlich tut sich was...**

...in Sachen "Mobilität für Alle", und zwar in die richtige Richtung.

Unsere große Tochter (11 Jahre) hat spinale Muskelatrophie SMA Typ 1 und ist auf einen E-Rolli angewiesen. Vor zwei Jahren haben wir unter Einsatz unserer letzten Ersparnisse und Aufnahme eines KfW-Darlehens in einem wahren Kraftakt einen Fahrstuhl gebaut (wir wohnen im 2.OG), um mit ihr überhaupt noch das Haus verlassen zu können. Etwa ein Drittel der Kosten wurden durch ein Förderprogramm der Stadt Heidelberg getragen, den Rest müssen wir aus eigenen Mitteln Monat für Monat für die kommenden acht Jahre finanzieren.

Letztes Jahr mussten wir dann dann auch noch notgedrungen ein neues (gebrauchtes) Auto kaufen, da der alte Wagen nicht mehr wollte. Zuschüsse zum

Auto und zum Umbau des Autos = 0,0 Euro. Begründung: ich verdiene zu viel. Welche (behinderungsbedingten) Ausgaben wir zu stemmen haben = 0,0 Interesse bei den Behörden, die schauen nur auf mein (alleiniges) Einkommen.

Ein Freund von uns ist berufstätig und hat neu gebaut, ihm wurde der Fahrstuhl komplett bezahlt und auch der Autoubau wurde übernommen, weil er ja berufstätig ist. Wir freuen uns riesig für ihn, dass er die erforderliche Unterstützung bekommen hat.

Für uns selbst ist es natürlich extrem frustrierend, weil wir insgesamt nur sehr wenig Unterstützung (etwa € 20.000,- von insgesamt rund € 100.000,-) von öffentlichen Stellen bekommen haben. Aber bei uns geht es ja schließlich auch nur um ein Kind...!

Umso wichtiger ist nun der Vorstoss aus Bayern, so dass es zukünftig für so viele andere Betroffene hoffentlich weniger steinig wird als es für uns war bzw. ist.

---

Willi Frick schrieb am 09.12.2012, 17:58

### **Persönliches Budget**

Am 29.12.2009 habe ich bei der Landw. Berufsgenossenschaft in Speyer einen Antrag auf ein Persönliches Budget gestellt. Bis dato habe ich noch keinen Vertrag, noch eine Zielvereinbarung. Das Verwaltungsrecht wird schamlos ausgenutzt um eine gerechte Entlohnung meiner Angestellten zu vermeiden. Und die Sozialgerichte ziehen teilweise noch mit.

Wo bleibt die Unterstützung durch den Souverän? Oder die Sozialbehörden?

Wo bleibt das selbstbestimmte Leben in Würde?

Willi Frick

---

Gunda Möller schrieb am 06.12.2012, 19:56

### **Ein Schritt in die richtige Richtung**

Endlich geht es auch einmal in die richtige Richtung. Als Eltern eines Rolli-Kindes, die auf dem Land leben ist eine Mobilität ohne eigenen Wagen sehr schwierig. Zumal auch eine Mitfahrt im öffentliche Personenverkehr meistens scheitert, weil der Rollstuhl gar nicht in den Bus oder die Bahn hineinkommt. Seit einigen Monaten sind wir wieder unabhängig motorisiert. Aber auch wir sind den mühsamen Weg der Spendenbeschaffung gegangen. Es sind wieder viele Unternehmungen als Familie möglich, die sonst nicht stattfinden könnten. Hoffen

wir, dass es in Zukunft vielleicht etwas leichter wird.

---

Winfried Glosser schrieb am 06.12.2012, 17:22

### **Endlich Gleichberechtigung**

Ich habe einen Luftsprung gemacht, als ich das gehört habe.

Daß es jetzt vorbei damit ist, für den Staat nur dann etwas wert zu sein, wenn man dem Staat etwas bringt.

Daß ich vielleicht bald wieder mobil sein werde. Und mein Elternhaus wieder öfter besuchen können werde.

Die drückende Last fiel von mir ab.

Ich habe 24 Berufsjahre hinter mir. Dann fiel ich raus wegen zunehmender Behinderung und mein Aktionsradius wurde immer kleiner. Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, die noch in die Arbeit gehen können, bekamen die volle Unterstützung. Wenn es einen aber so schwer getroffen hat, daß man nicht mehr in die Arbeit gehen konnte, bekam man nichts. Das frustrierte mich total.

Ich war schon jahrelang nicht mehr im Wald. Meine Freunde bringen mich nicht mehr ins Auto. Ich komme nicht mehr in ein Taxi. In der Nachbarstadt, die 18 kmweg ist, war ich schon viele Jahre nicht mehr. Mein Gospelchor macht viele Auftritte in den Kirchen in der Region, aber ich bin seit Jahren nicht mehr dabei.

---

Annette Czapski schrieb am 06.12.2012, 11:20

### **Mobilität für alle Menschen mit Behinderung**

Hallo,

Auch ich meine, dass der Beschluss des bayrischen Landtages in anderen Bundesländern umgesetzt werden muss. Mein Sohn Leon ist durch einen schweren verbrühungs Unfall Behindert .Sein kleiner Körper ist nun für sein ganzes leben entstellt .Leon mußte nun das 2. Schuljahr wieder holen ,weil der Unfall ihn in seiner Endwicklung zurück geworfen hat. Viele Arzt und Therapeuten Termine gestallten nun Unser Wochenaltag. Dadurch sind wir auf ein Auto angewiesen um Leon nicht noch zusätzlich zu streßen und er auch wenigstens ein bischen Zeit noch hat um mit seinen Kameraden zu spielen. Durch den Verein MMB wo ich fürsorglich liebe voll betreut worden bin ,mit Tips und Ratschlägen versorgt wurde sind wir nun in Besitz von einem Auto.Viele Tränen von Absagen bangen und zu letzt die große Freude stecken trotz alle dem dahinter .Es könnte so einfach sein mit Ihrer Hilfe. Denn eins darf man nicht vergessen ,,,,jeder aber auch jeder, selbst die höchsten Politiker können in so eine Situation geraten .Mann braucht nur aus dem Haus gehen, blöd zu fallen und schon ist es passiert man

sitzt querschnitts gelähmt im Rollstuhl .Auch ein Fahrrad Unfall kann dafür Sorge tragen um an den Rollstuhl gefesselt zu sein. Von daher plädiere auch ich im Namen meines Sohnes .. Mobilität für alle !.Jeder Mensch mit Behinderung hat ein recht in unserer Gesellschaft auf Inklusion und am öffentlichen Leben teil zu nehmen ohne zu fragen fährst Du mal kannst Du mal ..Sie sind keine Aussätzigen.

---

Karin Pieper schrieb am 05.12.2012, 21:44

### **Mobilität für "ALLE" Behinderte**

Auch ich meine, dass der Beschluss des bayrischen Landtages in anderen Bundesländern umgesetzt werden muss.

Durch meine vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten bin ich auf ein Auto angewiesen.

Ich weis auch, was es heisst, nicht mobil zu sein.

Zum Glück hat sich , dank Stiftungen, MMB und Freunden, mein "UNMOBILSEIN" nur für kurze Zeit ergeben.

(Vom Staat hatte ich keinerlei Unterstützung,auch Krankenkassen tun sich schwer und lehnen sogar Elektro-Rollstühle ab)

Aber diese Zeit reichte mir schon. Ich konnte alleine nichts unternehmen. Freunde und Bekannte musste ich um Hilfe bitten. Dies war nervig, für sie und mich!!!!!!!

2006 hatte ich schon , als EM-Rentnerin, einen Antrag auf finanzielle Hilfe für ein behindertgerechtes Auto mit Rollstuhleinzugssystem beim LWL in Münster gestellt.

Was man mir ablehnte, da ich ja nicht mehr berufstätig wäre.

Deshalb müssen auch behinderte Rentner, Hausfrauen und Kinder finanzielle Hilfe vom Staat erhalten, damit sie mobil sein können. Nicht nur Behinderte, die noch erwerbstätig sind.

Übrigens: Meine Klage liegt seit 2 1/2 Jahren beim LSG in Essen. Ein Termin ist noch nicht in Sicht !!!!

(Es sind ja erst seit der Antragstellung/Ablehnung 6 Jahre ins Land gezogen)

Also mein Fazit an "ALLE": Kämpfen, kämpfen, kämpfen .....

---

Ute Germann schrieb am 05.12.2012, 15:12

### **Weiterkämpfen....**

Ein liebes Hallo an alle Vorredner und Leser,

mir ist es ein Bedürfnis auch noch eine Woche später, als EM-Rentnerin hier meinen Kommentar abzugeben, da ich letzte Woche verhindert war.

Das Umsetzen der UN-BRK passiert nur in Trippelschritten und ich habe das Gefühl, dass sich die zuständigen Behörden hinter ihren Schreibtischen verstecken und nicht über die Kante hinaus blicken(wollen). Ist es die Angst, Neues zu lernen, Denkweisen ändern zu müssen? Ist es so schwierig die Menschen dort abzuholen wo sie stehen/rollen/liegen. Dazu benötigt man Einfühlvermögen und das richtige Auslegen der Paragraphen. Ist das zu viel verlangt???

Aufgrund meiner vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten habe auch ich einen Antrag auf

KFZ-Beihilfe gestellt. Dazu habe ich den Landrat, den ich noch als unseren Bürgermeister kenne, mit einbezogen.

Man wollte mir die Kosten der behinderungsbedingten Umbauten als Darlehen genehmigen unter der Bedingung, dass ich, sollte ich nicht mehr im Ehrenamt tätig sein, nicht mehr selbst fahren können oder sterben, das Darlehen sofort zurück zahle.

50 €weise jeden Monat dauert das genau 27,8 Jahre Darlehensabzahlung!  
Das gibt es nirgends! Natürlich habe ich Widerspruch eingelegt. Seit dem 29.05.2012 habe ich nichts mehr gehört.

Nun kommt mir der Beschluss des Bayrischen Landtags gerade recht und ich werde damit bei den „Verantwortlichen“ vorstellig.

Ich fordere mein Amt nun nochmals auf, im Sinne der Inklusion, die KFZ-Beihilfen für Menschen mit Behinderung bedarfsorientiert zu bewilligen und den Teilhabegrundsatz der Eingliederungshilfe umzusetzen.

Ein Leserbrief, eine Mail an die Abgeordneten u. ä. werde ich in Angriff nehmen.  
Wir dürfen nicht still sitzen.....

---

Heidi Slotta schrieb am 05.12.2012, 13:56

### **Gratulation an die Bayern!!**

mein Kommentar :Heidi Slotta,Höchsterstr.24, 65719 Hofheim

Gratulation an die Bayern – Ihr habt es geschafft!!

Ich leide seit meiner Geburt an eine Muskelatrophie und bin durch meine Erkrankung auf viele Hilfsmittel angewiesen, aber eines der wichtigsten Hilfsmittel ist und bleibt für mich mein eigenes Kfz.

Seit meinem 18 Lebensjahr bin ich auf dem Umbau und die Bezuschussung eines Kfz angewiesen und ohne dies könnte ich auch nicht meinen Arbeitsplatz erreichen. Natürlich gewinnt dieses Kfz auch eine große Bedeutung bei der Gestaltung meiner Freizeit. Dieses Auto ermöglicht es mir jetzt sogar erstmalig ( durch die Weiterentwicklung der Technik) alleine das Fahrzeug zu befahren und dieses auch wieder alleine zu verlassen.

Durch diese Möglichkeit bin ich auf keine Hilfsperson mehr angewiesen.

Das bedeutet für mich ein großes Stück Freiheit, so das es auch jetzt endlich möglich ist, meinen Urlaub mit einer Hilfsperson weitgehend entspannter zu planen. Ein Umsetzen in einem Faltrollstuhl ist nicht mehr erforderlich. Ich bin durch dieses Kfz nicht mehr angewiesen, falls ich einmal gerne etwas spontan planen will, sämtliche Leute anzurufen und zu fragen, ob sie Zeit für mich hätten.

Natürlich würden all meine Freunde mich auch mit ihrem eigenen PKW mitnehmen, aber die meisten Fahrzeuge und Kofferräume sind so klein, das es schon zur Schwierigkeit wird einen Faltrollstuhl zu transportieren. Und jetzt ist dies bei mir schon gar nicht mehr möglich ,weil ich in einem E-Rollstuhl sitze.

Ich hoffe und wünsche mir, dass die Gesetzesvorlage auch für all die restlichen Bundesländer in Kraft tritt, denn auch wir mit unserer Behinderungen haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Wir sind ein Volk – eine Gemeinschaft – aber wenn Du behindert bist, wirst Du je nach Bundesland unterschiedlich behindert!! Wie kann das sein! Liebe Volksvertreter in Berlin denkt mal darüber nach – habt Ihr den keine Bekannten, Verwandten oder Freunde, die behindert sind!?! Ist Euch das alles hier so fremd? Wenn ja, dann sollt

---

M. Radermacher schrieb am 04.12.2012, 20:14

### **Mobilität---für viele Menschen so selbstverständli**

...als alleinerziehende Mutter von zwei Jungs, der Kleine zu 100% schwerbehindert und auf einen Elektrorollstuhl angewiesen. Alles war eine gewisse Zeit irgendwie noch zu bewerkstelligen, aber mit dem Wachstum des Sonnenscheins, wurde mir schmerzlich bewusst was es bedeutet "nicht" bzw. nur bedingt mobil zu sein.

Ich hatte ein Auto, das mehr Zeit in der Werkstatt verbrachte, als das wir es nutzen konnten. Die Hilfsmittel werden größer und mit der Tatsache, das bald der Rollstuhl ansteht, kam ich an meine Grenzen!

Verzweifelt mit dem Wissen, das der Radius, in dem wir uns bewegen können, sich auf ein Minimum reduziert!

Ich wusste nicht, wie es mir in meiner Situation gelingen sollte ein geeignetes Auto zu finanzieren.

Desweiteren wusste ich um die Kämpfe und die Schwierigkeiten mit den Behörden und ich fühlte mich klein, schlecht und wertlos und kam mir vor wie ein Bittsteller!



Aber es geht in diesem Fall um mein Kind!

Ich bin sehr froh, dass es da einen Verein gab, an den ich mich wenden konnte. Mit dem MMB hatte ich Menschen gefunden die sich ehrenamtlich mit so viel Herzlichkeit und Engagement für diejenigen einsetzen, die hinsichtlich Ihres Kampfes um die Mobilität, sei es für sich selbst, oder für einen Familienangehörigen, nicht mehr weiter wissen.

Ich hatte großes Glück, denn über diesen Verein, hatte ich innerhalb weniger Tage ein behindertengerecht umgebautes Auto durch eine Stiftung bekommen.

Dieses "Glück" in Worte zu fassen ist kaum möglich!

Einzig die Blicke meines Kindes und die damit erlangte "Freiheit" und für mich das Gefühl, mein Kind fühlt sich nicht gefangen, wir können zu den notwendigen Therapien, wir können Dinge unternehmen, die sonst unmöglich geworden wären, zeigten mir, das es der richtige Weg war.....diese Gefühl ist unbezahlbar!!!!!!

Leider haben Viele eben nicht dieses Glück und deswegen ist dieses Urteil so WICHTIG!

Es könnte so vielen Menschen eine große Last nehmen, Ihnen Zeit schenken, die Sie mit Behördengängen, Anträgen, Widersprüchen etc. verbringen "müssen"!

Bayern hat es vorgemacht ich kann nur hoffen, das alle Bundesländer nachziehen!!!!

...und das sollte erst der Anfang sein und es sollte noch viel mehr Unterstützung folgen....

---

Adam Zdeb schrieb am 03.12.2012, 21:53

**wir Menschen...**

werden nicht beachtet!

Bei diesem Urteil sind in erster Linie Probleme der besonderen MitbürgerInnen, die unter einer Behinderung und dadurch hervorgerufener Einschränkung eigener Freiheit und Mobilität jahrelang gelitten haben, behandelt worden. Das ist auch richtig so!!

Auf der anderen Seite haben wir auch Eltern der Schwerstbehinderter Kinder, Lebenspartner sowie gesunde Kinder, die auch die / den leidende/-n Mutter/ Vatter pflegen müssen. Menschen, die fühlen, die sich sorgen, die in vielen Fällen das komplette Leben von jetzt auf gleich umgestalten müssen, die auch eigene Probleme und Sorgen haben, die in einem Leben ZWEI Leben meistern müssen / wollen,... und nebenbei noch Arbeiten. Um diese Person mach sich niemand

Gedanken. Keiner von den Krankenkassenmitarbeitern fragt eine Mutter eines behinderten Kindes danach wie es ihr (der MAMA) geht, niemand bei der zuständigen Sozialbehörde fragt den 18-Jährigen Jungen, der sich um seinen nach einem Unfall im Rollstuhl sitzenden Vater kümmert ob er Unterstützung braucht, und uns ELTERN fragt auch keiner wie es ist, mit dem Wissen zu leben, dass der eigene, vor nicht allzu langer Zeit geborene Sohn einen höchstwahrscheinlich nicht überleben wird, dass der wunderbare Junge nie im Leben mit seinem älterem Bruder Fußball spielen wird, dass er nie unbeschwert einem Schmetterling hinterher rennen wird. Und schließlich um die Geschwisterkinder macht sich auch niemand Gedanken. Keiner interessiert, dass die ältere / jüngere Schwester auch den besonderen Bruder sehr lieb hat und mit ihm auf dem Spielplatz, im Garten, am Strand liebend gern toben würde, eben wie mit allen anderen Kindern auch. Nach all dem fragt niemand, es interessiert keinen. Und das alles in einem Land, das es sich eben leisten kann obigen Fragen zu stellen. Statt dessen wird uns allen jeden Tag aufs Neue gezeigt wie unwichtig wir Wähler / MENSCHEN für den Staat sind, da sind die Hunde den Ländern und Kreisen wichtiger als behinderte Kinder, denn für Hunde zahlt man Steuer.

Meine Frau hat mich neulich dabei gefilmt, wie ich unseren Sohn aus dem Rollstuhl nahm und in unseren Kombi in den Kindersitz setzte, da habe ich gesehen welche Grimassen unser Junge gezogen hat, er hatte SCHMERZEN, wenn jemand so etwas schmerzhaftes einem Hund antun würde, müsste er mit saftiger Geldbuße rechnen!!!

Als wir den ablehnenden Bescheid von der Sozialbehörde zurückbekamen, haben wir unseren Augen nicht trauen wollen. Man wird abgewimmelt, klare Gesetzestexte werden frei interpretiert und der Antragsteller wird zum Bettler, der auf Staatskosten ein neues Auto haben will, und welcher einen luxuriösen, einen Caddy!!!

Ich hoffe, dass diese Odysseen endlich ein Ende haben werden, denn es ist nicht einfach jeden Tag arbeiten zu gehen, wichtige Termine wahrzunehmen, sich um die Familie zu kümmern, sich um den gesundheitlichen Zustand des besonderen Kindes zu sorgen und oben drauf eigenem Recht hinterher zu laufen.

Voller Hoffnung,  
Familie Zdeb

---

Regina HERDA schrieb am 03.12.2012, 21:36

### **Nerven aufreibend**

Wenn das Urteil in den "Amtsstuben" tatsächlich umgesetzt wird, würden viele Betroffene und Angehörige/Betreuer ihre ohnehin strapazierten Nerven schonen. Ständig müssen "Anträge" gestellt, umfangreich begründet und Widersprüche

formuliert werden und das alles um Alltagseinschränkungen auszugleichen, die mit dem bloßen Auge erkennbar sind und die kein Entscheider für sich selbst hinnehmen würde.

Schade, dass die Entscheider kein Praktikum im Behindertsein absolvieren müssen, bevor sie für ihre Tätigkeit zugelassen werden.

Ich wünsche mir, dass mit diesem Urteil eine Lawine losgetreten wurde.

---

Claudia Darmann schrieb am 03.12.2012, 09:33

### **Die Freiheit am Leben teilzunehmen**

Ist so wichtig für behinderte Menschen. Nicht immer jemanden bitten müssen, kein auf's kleinste ausgeklügelter Tagesablauf mit Fahrdienst ( der auf Dauer sowieso viel teurer ist als ein eigener PKW),Nachbarschaft, Freunden und Verwandten. Sich einfach ins Auto setzen, am Leben teilnehmen, genießen, entdecken, lernen und für sich selbst entscheiden, dass ist Leben. Ohne Rückfragen, einfach los, einfach frei sein. Ich selbst war "gefangen", doch der MMB und viele liebe Menschen konnten mich aus den Ketten der Abhängigkeit befreien. Dieses Urteil würde für so viele behinderte Menschen, die einfach finanziell nicht in der Lage sind ein passendes Auto zu erwerben, ein großer Schritt in die Unabhängigkeit sein. Hoffen und kämpfen wir dafür, dass alle Bundesländer nachziehen!

---

Elena Peters schrieb am 02.12.2012, 21:06

### **Liebe grüße an alle.**

Endlich tut sich was!

Warum verstehen es die Bayern und die Beamten in NRW nicht?

Fast zwei Jahre haben wir zusammen für unseren Sohn gekämpft. Der Junge ist an den E- Rolli befestigt. Jahre lang hatten wir keine Möglichkeit gehabt an den normalen Aktivitäten teilzunehmen. Jeder Ausflug war eine logistische und psychische Herausforderung gewesen. Ob ein Arztbesuch oder Besuch bei den Freunden - ohne passenden Auto nahezu unmöglich. Die Kosten für ein behindertengerechtes Taxi waren unbezahlbar. Die Krankenkasse erstattet ja nur die Fahrten zum Arzt oder zu der Klinik. Aus eigener Kraft kann man diese Fahrtkosten nicht bezahlen.

Unserem Kind zu liebe haben wir beschlossen das Auto auf eigene Kosten umzubauen. Die Umbaukosten sind sehr hoch.

Von der Krankenkasse gab es keine Unterstützung!

Beim Sozialamt haben wir kein Verständnis gefunden!

Auch von dem Landschaftsverband Westfalen Lippe kamen nur Absagen. Viele

Bekannte aus dem Bereich des Landschaftsverband Rheinland berichten uns darüber, wie großartig ihnen dort geholfen wurde. Ebenso viele berichteten mir vom LWL, wie kalt die Bürokratie sein kann. Ablehnungen mit obskuren, am Leben völlig vorbei führende, zum Teil diskriminierende Argumentationen – nur um sich vor der Verantwortung zu drücken. Immer wieder hat man uns auf behindertengerechte Taxis verwiesen – ein Hohn! Wie soll man das bezahlen? Wie soll das bei einem spontanen Familienleben funktionieren?

Wir fühlten uns allein gelassen, abgeschoben, eingeschränkt. Dabei ist Mobilität gerade für eine Familie mit einem behinderten Kind sehr wichtig!!

Nur Dank vielen Helfern, Stiftungen und unserer Sparsamkeit könnten wir die Umbaumaßnahme finanzieren. Ein langer Weg. Ein schwieriger Weg, oft sehr erniedrigend, da man um jeder Cent betteln muss.

Auch die Familien mit behinderten Kindern wollen aktiv am Leben teilhaben, auch unsere Kinder wollen seine Freunde besuchen und ins Kino fahren können.

Bitte schließt uns in NRW nicht aus. Nächstes Jahr sind Wahlen – wir werden dem unsere Stimme geben, der heute für unsere Probleme ein offenes Ohr hat.

---

Wolf Lefèvre schrieb am 02.12.2012, 20:59

### **Mobilität ist unverzichtbar**

Ohne aktive Mobilität ist eine Teilhabe in der heutigen Lebenswirklichkeit unserer Gesellschaft konkret nicht mehr vorstellbar. Global ist der flexible Personen- und Warenverkehr die Grundlage für die Bedürfnisse der Menschen in einer zeitgemäßen Alltagsnormalität. Behinderten und älteren Menschen werden in ihrer persönlichen Mobilität oft sehr enge Grenzen gesetzt. Den „Tante Emma Laden“ im Ort gibt es schon lange nicht mehr und der Discounter im Industriegebiet ist für die betroffenen Menschen oftmals genauso unerreichbar, wie der Hausarzt, die Zahnarztpraxis oder die nächste Postagentur. Insbesondere im ländlichen Bereich sind vielerorts auch immer noch keine barrierefreien öffentlichen Verkehrsmittel vorhanden. Mit Abschaffung des Zivildienstes stehen, in der Folge auch immer weniger Fahrdienste für ältere und behinderte Menschen zur Verfügung. Auch mit der Schaffung von Integrierten Gesamtschulen und der Aufgabe von Grundschulen am dörflichen Wohnort ergeben sich auch vielfältige Probleme für Eltern mit mobilitätseingeschränkten Kindern. Die Betroffenen müssen sehr oft hilflos Ablehnungen der Kostenträger hinnehmen oder sich den Mut und die Energie für eine gerichtliche Entscheidung durch die Instanzen nehmen, um ihr Bedürfnis an Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe erfüllt oder sehr oft auch versagt zu bekommen. Viele der betroffenen Menschen haben aber schon gar nicht die wirtschaftliche, physische oder mentale Kraft ihr dringendes Bedürfnis nach gesellschaftlicher Teilhabe und entsprechender Mobilität rechtlich einzufordern.

Die menschenrechtliche Gewährleistung der Teilhabebedürfnisse in ihrer Mobilität der behinderten Menschen in der gesellschaftlichen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention darf nicht nur ein freundliches Lippenbekenntnis in Wahlkampfreden sein, sondern muss auch dringend sichergestellt werden. In einer zunehmend alternden Gesellschaft ist die Verbesserung und Sicherstellung von Mobilität letztlich für alle zum Vorteil und damit eigentlich ein vernünftiger Selbstzweck für jeden.

Gehwägelchen und Rollstühle begrenzen die persönliche Teilhabe auf ein sehr kleines Umfeld zwischen Barrieren und Widrigkeiten. Automobilität für behinderte Menschen und die Eltern von behinderten Kindern, ist zur Sicherstellung der gesellschaftlichen Teilhabe, Bildung, Arbeit und Kultur in vielen Fällen eine wesentliche Voraussetzung. Der Wert einer Gesellschaft bemisst sich auch an den Dingen, die sie den hilflosesten ihrer Mitmenschen gewährt und teilhaben lässt. Die aktuelle Entscheidung des Sozialgerichtes München zur Leistungsverpflichtung des Kostenträgers bei der Beschaffung eines behindertengerechten Kraftfahrzeuges im Rahmen der Eingliederungshilfe, ist ein wichtiger und hoffnungsvoller Beitrag auf dem Weg zur Verbesserung der notwendigen Mobilität von behinderten Menschen.

---

Jens Merkel schrieb am 02.12.2012, 14:11

### **Alle Artikel der BRK**

Liebe LeserbriefschreiberInnen,  
ja dieses Urteil aus Bayern ist gut! Ja das Urteil in Baden-Württemberg ist besser!  
Ja es geht voran!

ABER: Nicht mehr und nicht weniger! Unsere Arbeit beginnt JETZT! Und das nicht nur beim Kampf um die Umsetzung des Artikel 20 der BRK! Was nützt einem die freie Mobilität, wenn man vielleicht nach dem § 13 SGB XII ins "Heim" abgeschoben wird und eben nicht gemäß Art. 19 BRK selbstbestimmt in einer eigenen Wohnung mit Persönlicher Assistenz leben kann? Was nutzt einem ein Auto wenn man in dem Ausflugslokal, das man besuchen will, keine Behindertentoilette vorhanden ist oder man das Konzert in der 2 Etage stattfindet und kein Fahrstuhl im Gebäude ist? Und was hat man von einem Auto, wenn man nach § 87 SGB XII sein durch Arbeit verdienstes Einkommen auf Sozialhilfeniveau und nach § 90 SGB XII sein "Vermögen" über der Vermögensgrenze von 2600 € beschränken muss, obwohl Artikel 28 BRK etwas anderes sagt und man sich dadurch nicht die Folgekosten für das Auto, also Treibstoff etc. nicht leisten kann?

Und hier sei an den Artikel 4 BRK erinnert. Dieser besagt sinngemäß, dass alle Verordnungen und Gesetze, die erlassen werden der BRK entsprechen müssen, sonst sind diese Verordnungen und Gesetze rechtswidrig!

Also auch hier gilt es Druck auf die Justiz auszuweiten, die solche erlassenen

Gesetze wieder kassieren! Oder wie im konkreten Beispiel des "Erweiterungsgesetzes zur Assistenzpflege in Reha-Einrichtungen" erst gar nicht vom Bundespräsidenten unterschrieben werden.

JA DIESER BESCHLUSS DES LANDTAGES IN BAYERN IST ZU BEGRÜSSEN!  
Wir sollten uns aber noch mehr vorallem auf den letzten Satz des Beschlusses ("Darüberhinaus sind bundesgesetzliche Vorgaben im Sinne der Inklusion voranzutreiben") konzentrieren, denn ich lege diesen Satz so aus: "Die gesamte BRK ist in ganz Deutschland umzusetzen!"

Und noch eine Warnung an Euch alle: Im September 2013 sind Bundestagswahlen, ach in Bayern sind ja übrigens auch Landtagswahlen!!! Und alle wollen wiedergewählt werden!!! Das gilt es natürlich auch zu beachten!!! Vor der Wahl versprechen und nach der Wahl....??

Herzliche Grüße  
Jens Merkel  
stellv. Vorsitzender  
ForseA e.V.

---

Thomas Jürß schrieb am 01.12.2012, 23:38

### **Hoffnung**

Ich bin noch erwerbstätig und hatte es trotzdem nicht leicht mobil zu bleiben. Der MMB e.V. hat mir dabei sehr geholfen. Dennoch hab ich erfahren müssen, an welchem seidenem Faden die Mobilität hängt. Um wieviel schwerer es ist, ohne einen Kostenträger und ohne einen Rechtsanspruch auf Mobilität, hab ich durch inzwischen selbst durchgeführte Beratungen, als MMB Mitglied, mitbekommen. Kaum jemand kann sich vorstellen, dass fehlende individuelle Mobilität Ausgrenzung bedeutet. Ich möchte meine Freiheit durch Mobilität nicht missen, auch nicht wenn meine Behinderung mal in Rente zwingt, und hoffe daher, dass diesem Urteil noch viel mehr folgt.....

---

Thomas Schmidt schrieb am 01.12.2012, 22:14

### **Freiheit**

Wieso zählt in unserer Gesellschaft den nur der Mensch der Arbeitet?  
Es muss doch jedem ermöglicht werden an der Gesellschaft teilzunehmen. Versuchen Sie mal mit einem schweren Elektrorollstuhl irgendwo hinzukommen. Wir haben für unseren Sohn einen Kredit aufgenommen um ihn trotz seiner Behinderung alles zu ermöglichen. Leider kann das nicht jeder und wir werden noch Jahrelang daran abbezahlen, aber das war es 1000 mal wert.

Für jede Bank ist Geld da, aber für die Mobilität der Behinderten soll es nur möglich sein wenn Sie arbeiten gehen ?

Es ist toll das der erste Schritt gemacht ist, Ich drücke die Daumen das es allen Menschen ermöglicht wird am Leben teilzunehmen, das geht aber nur wenn man Mobil ist

mit freundlichen Grüßen

Familie  
Thomas Schmidt

---

K+U Mader schrieb am 01.12.2012, 21:39

### **Wir werden immer weiter kämpfen!!!**

Unsere seit Geburt schwerbehinderte (100%) Tochter Anna-Lena wird diesen Monat 16 Jahre alt. Unzählige Hürden waren und sind notwendig damit Anna-Lena in ihrer gewohnten Umgebung, also zu Hause in der Familie wo sie sich sichtlich am wohlsten fühlt, zu leben. Seit 13 Jahren besucht Anna-Lena wöchentlich 2mal eine spezielle Form der Krankengymnastik. Der Transport war bis jetzt mit unserem Fahrzeug mit speziellem Kindersitz und großem Kofferraum für den Rollstuhl zwar mit großem Kraftaufwand aber dennoch mit vereinten Kräften möglich. Nun da Anna-Lena zu groß und schwer für diese Art zu transportieren wird muß ein größeres Fahrzeug mit Rampe bzw. Hublift angeschafft werden. Das stellt ein Riesenproblem dar da der Normalverdiener diese finanzielle Hürde nicht alleine schaffen kann! Von Seiten der Krankenkasse erhielten wir bei der Nachfrage nach Förderung folgende Antwort: ein Transport im eigenen PKW gehört nicht zu den Grundbedürfnissen eines behinderten Menschen. Daher ist die Kasse nicht bereit hierbei eine Förderung zu genehmigen. Laut Aussage der Krankenkasse wäre es an der Zeit Anna-Lena in eine dauerhafte Einrichtung zu geben wenn sich eine Unterbringung zu Hause nicht mehr bewältigen lässt. Diese Aussage der Kasse hat uns zutiefst erschüttert!! Für uns steht jedoch fest das Anna-Lena solange zu Hause mit der Familie in ihrer gewohnten Umgebung leben wird solange unsere Kraft dafür ausreicht!! Wir hoffen das das Gesetz für alle Behinderten Menschen durchkommen wird!!

---

LUTZ Tabert schrieb am 01.12.2012, 20:20

### **Die Bayer sind Führend**

Nicht nur beim Fußball haben die Bayern mal wieder die Nase vorn, auch im bayerischen Landtag .Das ist sehr schön wird auch höchste Zeit das was passiert. Ich würde mir sehr wünschen wenn die Umsetzung Deutschlandweit statt finden würde .Denn wie wertvoll Mobilität ist weiß man erst wenn man sie vermisst .Denn eine wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist für Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind nur mit einem Umgebauten Fahrzeug wieder möglich.

Mit lieben Grüßen Lutz T.

---

Karin Vollath schrieb am 01.12.2012, 16:44

### **wegweisend und trotzdem steinig?**

zunächst einmal vielen Dank Alexander für Dein unermüdliches Engagement. So sehr ich das Urteil und den Beschluss des bayerischen Landtages begrüße, finde ich dessen Notwendigkeit traurig, da auch schon zuvor die gesetzlichen Grundlagen für die Finanzierung von angemessenen Fahrzeugen zu Teilhabezwecken vorhanden waren.

Was wird aus Urteil und Beschluss, wenn die Entscheider realisieren, was beides finanziell bedeutet? Wir müssen uns für eine sinnvolle bundesweite Umsetzung einsetzen.

---

Inge Rosenberger schrieb am 01.12.2012, 15:06

### **Menschenbild**

Welches Menschenbild, welche Vorstellungen spuken eigentlich in den Köpfen von Entscheidungsträgern, die Sozial-Leistungen wegen der Arbeitsunfähigkeit eines Menschen verweigern? Und welches Menschenbild wird mit diesem ganz offiziellen Verweigerungsverhalten in unsere Gesellschaft transportiert? Durch dieses Denken und Handeln wird ein Menschenbild geformt, in dem Menschen mit Behinderung – wieder(!) - vermehrt als finanzielle Belastung für die öffentlichen Haushalte dargestellt werden.

Seit etlichen Jahren wird vielen Menschen mit Behinderung und ihre Familien der Zugang zu Leistungen nur verzögert oder nach langen Kämpfen gewährt - oder gleich komplett vorenthalten, und ein großer Teil der Betroffenen hat auch nicht mehr den Mut oder die Kraft, gegen Politik und Verwaltung vorzugehen. Es ist unmenschlich und widerspricht jeglichen allen Rechtsgrundlagen, wenn Menschen wegen ihrer Arbeitsunfähigkeit um Lebensmöglichkeiten betrogen werden, oder wenn ihnen diese mit absurden bürokratischen Hürden vorenthalten werden.

Menschen mit Behinderung haben ein gesetzlich einklagbares Recht auf Teilhabe am Leben in der Gesellschaft, und dieses Recht hängt nicht von ihrer Arbeitsfähigkeit ab.

Es bleibt abzuwarten, wie die Leistungsträger mit diesen Vorgaben umgehen werden....

---

Petra Laaser schrieb am 01.12.2012, 14:20

### **Mobilität muss für alle Behinderten möglich sein**



Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Was im bayerischen Landtag beschlossen wurde, muss in allen Bundesländern umgesetzt werden! Mobilität muss für alle Behinderten möglich sein und nicht nur für die berufstätigen Behinderten. Da ich noch am Arbeitsleben teilnehmen kann und ein umgebautes Fahrzeug habe, weiß ich, was es bedeuten würde, wenn ich nicht mobil wäre.

---

Uwe Heineker schrieb am 30.11.2012, 22:56

### **Bin erstaunt über das Leserbriefecho ...**

... das eindeutig den dringenden gesetzgeberischen Handlungsbedarf - auch im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention - in dieser Angelegenheit widerspiegelt.

Mein spontaner Gedanke hierzu:

Die kobinet-Redaktion setzt sich unverzüglich mit dem Deutschen Behindertenrat in Verbindung dergestalt, dass alle diesbezüglichen Leserbriefe in einer gemeinsamen sich nun anbietenden öffentlichkeitswirksamen Aktion gesammelt an die Bundesregierung nebst aller Bundestagsabgeordneten geschickt werden - vor allem auch vor den Hintergründen der vergangenen Aktion "Behinderte im Bundestag" und des bevorstehenden Behinderten-Welttag am 3. Dezember ...

Dies sollte doch im Zeitalter modernster Kommunikationstechnik auch kurzfristig möglich sein ...

---

KJ Faßbender schrieb am 30.11.2012, 21:39

### **kjf**

Wahrhaftig ein wichtiges Urteil!

Es wurde höchste Zeit, dass wir ein erstes Zeichen für unsere Bemühungen für eine größtmögliche persönliche Mobilität in Händen halten können. Es ist aber auch ein wichtiges Zeichen dafür, dass wir alle unsere Forderungen für eine größtmögliche persönliche Mobilität in den politischen Alltag auf allen Ebenen (Bund, Land und Stadt) tragen müssen.

---

Annette Streith schrieb am 30.11.2012, 20:58

### **Hoffnung für die Beweglichkeit**

Wir sind Eltern einer 10 jährigen schwerstbehinderten Tochter 100%. Mit Hilfe von Verwandten, Stiftungen und Bekannten sowie Betrieben haben wir es geschafft nach einem Jahr ein behindertengerechtes umgebautes Auto zu bekommen (ist z.Z. noch beim Umbau).

Aber vom Staat haben wir eine Absage für die Finanzierung des Umbaus bekommen mit der Auskunft - Tessa wird zur Schule gefahren und geholt, zum Arzt können wir mit dem Krankentransport gefahren werden und ansonsten hat sie doch 4 RÄDER!! Das Sozialamt gab auch noch die Auskunft, dass Tessa nie was bekommen würde, da sie mal nichts Erwirtschaften kann.

Als ob wir uns das alles so ausgesucht haben.

Vom Bundespräsidenten haben wir auch nichts bekommen, da wir ebend 0,80 € über den Harz IV satz waren.

Haupsache vom Staat werden unnütze Bücken finanziert u.s.w.( wie bei uns im Nachbardorf)

Wenn wenigsten auf Bahnhöfen die Fahrstühle immer gehen würden oder man mit dem Bus wegkommen würde!

Die Menschen werden immer erst wach wenn es einen selber Betrifft. Dann... wissen sie wie es ist.

Großes Lob dem MMB.. Danke..

Behinderte Menschen haben auch Recht am Leben teil nehmen zu dürfen und das sollte viel mehr unterstützt werden..

Viele Grüße

Annette

---

Rosemarie Böing schrieb am 30.11.2012, 20:16

### **Immer nur Kraft lassen**

Es ist schön zu sehen, dass die Bayern es wieder einmal vormachen und traurig zu gleich für eine Gesellschaft im Jahre 2012, wie dort mit den Betroffenen umgesprungen wird.

Ich bin Mutter von drei Kinder, wovon der Jüngste noch in unserem Haushalt lebt. Er musste jahrelang mit ansehen wie man ständig gegen Windmühlen kämpfte. Er ist faktisch damit groß geworden. Ich selbst habe jahrelang zwei meiner schwermehrfachbehinderten Kinder gepflegt und somit weiß ich nur zu gut von ich spreche. Christina, eines meiner beiden Kinder war im Jahre 1997 an einem Schilddrüsen-Karzinom mit der höchsten Einstufung erkrankt und das im Alter von 8 Jahren.

Und von da an begann die Odyssee. Von der Krankenkasse konnte man sich anhören, Fahrkosten werden nur bei einem Methadonprogramm erstattet, Pflege bewilligt und immer wieder eingestellt. Sei es weil Ämter nicht in der Lage waren Anträge zu bearbeiten oder weil man schlicht weg zu fit war in deren Augen. Ich könnte ein Roman schreiben über das Erlebte auf unserem Lebensweg, aber das würde hier nur den Rahmen sprengen Urlaub war für uns immer ein Fremdwort, außer meine Onkologische Nachsorge mit den Kindern in Schwarzwald, was für uns zwar auch eine Erholung war, aber immer ohne meinem Lebenspartner. Dann haben wir aus privaten Gründen im Jahre 2001/2002 unseren Wohnort

wechseln müssen. Wior dachten nun wird alles einfacher, besser! Fehlanzeige! Im Gegenteil der Irrsinn ging weiter!

Mittlerweile bin ich nun selbst Rentnerin wegen voller Erwerbsminderung und bin auch an Polyneuropathie und Epilepsie erkrankt. ich habe einen GdB von 80 mit den Merzeichen G,B,H und aG, nur das RF hat man mir verweigert, da man der Meinung ist, dass ich mit Hörhilfen noch ausreichend verständigen kann, obwohl mein rechtes Ohr taub und das linke auch nur eine eingeschränkte Hörfähigkeit besitzt. Nun kämpfe ich selbst für die Wiedererlangung meiner Mobilität und das seit über einem Jahr und seit einigen Monaten mit dem MMb.ev. Ich weiß nicht bei wie vielen Behörden wund Ämtern wir versucht haben, überhaupt einen Antrag zu stellen. Erst durch das Bundespräsidialamt wurde ein Antrag erstmals entgegen genommen. Seit dem heißt es aber immer wieder, egal bei welchen Anträgen\_ - Verschleppen! Verschleppen, und nochmals verschleppen!

Was die Sache bei manchen Stiftungen immens erschwert. Irgendwie habe ich das Gefühl wir befinden uns hier auf einne Insel mit eigenen Gesetzen ! Umgeben von Wasser sind wir ja schon! Inklusion gibt es hier anscheinend nur, wenn es Geld spart, ansonsten gehört man wohl unter Gleichgesinnte!!!!

Rosemarie

---

Martin Huss-Potocnik schrieb am 30.11.2012, 19:53

### **Hoffnung**

Ich bin hochofregut, dass endlich mal betrachtet wird, dass nicht das Erwerbsfähigsein der Maßstab für eine Hilfe zur Beschaffung eines behindertengerechten Kfz's ist - sondern der Mensch mit den normalen Bedürfnissen des gesellschaftlichen Lebens. Ich habe mich schon immer gefragt, warum ich, der trotz einer schweren Behinderung im Erwerbsleben stehen darf "besser" und förderungswürdiger sein soll wie ein Mensch, der aufgrund seiner Behinderung nicht arbeiten kann. Auch wenn eine Erwerbsunfähigkeitsrente oder die Rente allgemein eintreten sollte fällt man aktuell bei den Hilfen hinten runter. Ich hoffe dass der Wind in die neue Richtung stärker und stärker wird und finanzielle Hilfen für Mobilität behinderter Menschen in Deutschland eine Selbstverständlichkeit werden - ich halte es für eine Pflicht des Sozial-Staates. Die technischen Neuerungen im Kfz-Bereich machen es Menschen mit Behinderungen endlich leichter, am Leben teilzunehmen - finanziell muss aber unbedingt mitgeholfen werden, denn alleine kann man diese Kosten kaum tragen - und genau diese Mehrkosten hat der "normale" Mitbürger eben nicht weil er sie nicht braucht. Die Gesetzesgrundlagen werden endlich in die richtige Richtung ausgelegt und damit geschaffen...

Martin Huss-Potocnik Berater Mobil-mit-Behinderung e.V.

---

Sabine Mollenhauer schrieb am 30.11.2012, 18:34

### **Immer Kämpfen**

Es wird höchste Zeit das was passiert, ich bin Mutter von fünf Kindern, von dem unser jüngster (7 Jahre ) schwerstbehindert ist und ich muss sagen, man muss doch für alles kämpfen.

Ich finde es traurig das man so wenig unterstützt wird. Man hat es als gesunder Mensch schon sehr schwer aber als behinderter Mensch wird man noch bestraft dazu.

Unser Sohn ist immer auf Hilfe angewiesen, wir mussten zu Therapien zu Ärzten, usw.. ein Auto hatten wir nicht mehr,, bei der Bahn hieß es sagen sie Bescheid wann sie mit ihrem Sohn fahren wollen dann ist jemand da der ihnen hilft,, superrrrrrrr wenn das Kind dann nochmal schnell umgezogen werden musste war der Zug weg und beim nächsten Zug stand ich alleine da..

Zum Glück gibt es den MMB,, deren Vorstand, Heinrich Buschmann hat mich mit allem sehr gut unterstützt. Mit Hilfe vom MMB bekamen wir durch Spenden dann unseren Bus...Ich finde es Klasse wie sich dieser Verein für behinderte Menschen einsetzt.

Sie kämpfen für mehr Rechte stoßen aber immer wieder auf taube Ohren das finde ich schade..

Großes Lob dem MMB.. Danke..

Behinderte Menschen haben auch Recht am Leben teil nehmen zu dürfen und das sollte viel mehr unterstützt werden..

LG

Sabine M.

---

Ralf Schmidt schrieb am 30.11.2012, 15:17

### **Es wird höchste Zeit**

Seit meinem 19. Lebensjahr bin ich durch einen Unfall querschnittgelähmt. Seit dieser Zeit muss ich ständig meine Rechte bei bestimmten staatlichen Institutionen einfordern und gerichtlich erkämpfen. Ob es um die Bezahlung der Pflege rund um die Uhr geht oder um den Erhalt meiner Mobilität zu sichern, dies grenzt nahezu an eine Vollbeschäftigung. Der Grund sind unsere Staatsdiener (von Steuergeldern bezahlt!), die für das Wohl der Bürger sorgen sollten, jedoch völlig versagen und ihren Pflichten nicht nachkommen. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Bezirk Oberbayern mit seinen obrichkeitshörigen Lakeien.

Somit ist der Beschluss des Landtags eine Ohrfeige für das jahrelange schädigende Versagen dieser Leute. Wie jetzt zu sehen ist, hat die Zusammenarbeit verschiedener Behindertenverbände und -vereine Früchte getragen. Man kann nur hoffen, dass durch solche Erfolge der Zusammenhalt der Behinderten und Betroffenen auch in Zukunft Stärke zeigt, um weitere staatliche Willkür aufzudecken.

---

Monika Kunze schrieb am 30.11.2012, 10:23

### **eine Umsetzung längs überfällig**

Ich bin 54 Jahre alt und erwerbsunfähig. Seit dem Jahre 1999 bin ich wegen einer angeborenen Muskel und Nervenerkrankung auf einen elektrischen Rollstuhl angewiesen.

Mein Partner, den ich 2008 kennenlernte bezieht seit 2009 Hartz IV und ist als mich pflegende Person voll ausgelastet. Auch diese Leistung als pflegender Angehöriger wird von unserem Staat viel zu wenig gewürdigt.

Ich bin zu 100% Schwerbehindert und habe die Merkzeichen G ,aG ,RF ,B und H. Wir leben in einer Gemeinde in der nur sogenannte Reisebusse und Busse, die nicht absenkbar sind zum Einsatz gebracht werden. Mein Partner hat nur einen 10 Jahre alten Skoda sportlicher Ausführung, mit dem der elektrische Rollstuhl nicht transportiert werden kann.

Seit über 10 Jahren bin ich auf Grund dieser Umstände aus unserem Ort nicht mehr herausgekommen. Seit über 10 Jahren kein Konzertbesuch erlebt, nicht im Kino oder Zoo gewesen. Nichts.

Wie sich dieses auf meine sozialen Kontakte und auf meine Psyche auswirkt kann sich jeder vorstellen, der in einer ähnlichen Situation lebt.

Man steht mit seinem Problem ganz alleine da.

Da werden Hilfspakete für Banken und für Griechenland geschnürt und für die Probleme im eigenen Land ist kein Geld da.

Kredit von der Bank gibt es keinen, da ich eine Erwerbsunfähigkeitsrente von weit unter 1000€ erhalte und mein Partner Arbeitslosengeld 2 bezieht.

Bei Fragen um Hilfe kam immer wieder die Frage "sind Sie Berufstätig", na dann können wir Ihnen nicht helfen!!!

Meine Krankheit (angeborene Polyneuropathie, Schlaganfall) hat mich ungefragt aus dem "Leben" gerissen!!!

Aber nicht nur mich, sondern meine ganze Familie .Jede Geldausgabe will überlegt sein, in Urlaub war ich seit über 10 Jahren nicht mehr.

Ich brauche, will ja keinen teuren Luxuswagen,, nur einen vernünftigen Behindertengerechten PKW

Ich habe nicht geplant Erwerbsunfähig zu sein und werde dann auch noch dafür bestraft.

Ich bin zu 100% Schwerbehindert G aG B und H.

Bei uns ist ein Problem KFZ mit behindertengerechten Umbauakut geworden.

Bei Fragen um Hilfe kam immer wieder die Frage "sind sie Berufstätig", na dann können wir Ihnen nicht helfen!!!

Monika

---

Elfi Delau schrieb am 30.11.2012, 10:19

### **Man darf nie aufgeben**

Hallo ich bin 51 Jahre mein Mann ist 64 Jahre wir haben zwei Kinder zusammen großgezogen mein Mann ist seit seinen 6. Lebensjahr Querschnittsgelähmt durch Kinderlähmung wir sind seit 33jahre verheiratet und mussten immer um alles kämpfen manchmal mit Erfolg mal nicht wir sind den MMB sehr dankbar wir haben ein großes Stück Lebensqualität zurück bekommen es ist schlimm wen man immer anderen betteln muss mit "kannst du mal bitte helft" es ist einfach toll mal ohne zu betteln einfach zu fahren es ist ein unbeschreibliches Gefühl wann man einfach drauf losfahren kann ohne sich 3 Tage vorher anzumelden wie bei der Deutschen Bahn wenn man ohne Anmeldung fährt wird man angemotzt wie nach den Motto " wie kann ein Rollstuhlfahrer unangemeldet das Haus verlassen" Es ist demütigend ich muss echt sagen da fühlt man sich wie ein Mensch "dritter Klasse" zum beispiel als es Schnee lag und wir wollten mit den Bus fahren wollte uns der Busfahrer nicht mitnehmen weil er wegen den Schnee nicht die Rampe rausmachen konnte mein Sohn hat dann den harten Schnee mit den Fuß weg getreten wo ein Wille ist findet man Weg (aber nicht jeder hat eine Begleitperson bei) ich könnte noch so viel schreiben was uns alles in den weg gestellt wurde wir wünschen allen viel Glück jetzt werden die Behinderten nicht mehr abgeschoben jetzt er hört man sie endlich wir drücken alle andern die Daum das ihn auch noch geholfen wird und nie den Mut verlieren

mit freundlichen grüßen

Familie Delau

---

Silvia Rohrberg schrieb am 30.11.2012, 10:17

### **Wegweisendes Urteil!!!**

Als Mutter eines Sohnes, der auf einen Rollstuhl angewiesen ist, weiß ich wie wertvoll Mobilität ist, und wie schnell sie für ganze betroffene Familien verloren gehen kann.

Umso wertvoller ist diese errungene Urteil.

Wie absolut beschämend für unsere Politiker!!

Da braucht es eine betroffene Familie, die unser aller Respekt verdient. Trotz des Alltags mit einem behinderten Kind, ist es ihnen gelungen für ihren Sohn und für

alle anderen ein Urteil zu erreichen, das ganz klar in die eine Richtung geht: Mobilität darf nicht nur gesunden Menschen vorbehalten bleiben. Sie muss für alle gelten.

Ich freue mich, mit meinem Sohn Mitglied beim MMB zu sein. Unermüdlich kämpfen hier Ehrenamtliche für Mobilität für Menschen, die diese so dringend brauchen.

Hoffen wir, dass auch die Politiker endlich aufwachen!

---

Yvonne Janssen schrieb am 30.11.2012, 09:27

### **Eine Umsetzung Deutschlandweit wäre wünschenswert**

Ich selbst bin eine Mutter mit einer schwerbehindertem Kind und würde es mir sehr wünschen wenn die Umsetzung Deutschlandweit statt finden würde.

Bei uns hier oben im Norden hakt es schon um die Unterhaltskosten für das KFZ zu bekommen. Da wir ergänzend Harz IV bekommen habe ich es beantragt und wir haben 7 Jahre dafür gekämpft und konnten nur einen Vergleich erzielen. Man wird als Sozialschmarotzer hingestellt und ich musste mir bei Gericht anhören dass es ja wohl nicht sein kann dass Harz IV Empfänger ein Auto finanziert bekommen und Schwimmen gehen mit dem behinderten Kind in der Freizeit um ihr dir Teilnahme am Leben zu ermöglichen tut nicht not da es ja schon in der Schule schwimmen geht. Solange ein behinderter Mensch nicht arbeitet bekommt er keine Unterstützung so wird das Gesetz oft ausgelegt. Nun möchte ich gerne Fahrkosten für das Praktikum für meine Tochter ersetzt bekommen da ich sie gebracht habe da wir es mit dem Fahrdienst nicht zeitlich hinbekommen habe und das wurde einfach abgelehnt weil es angeblich nur gezahlt wird wenn ich keine Zeit dafür habe. Und wieder kämpfen für das Recht meiner Tochter. So geht es nun seid 18 Jahren.

Ich würde viel lieber entspannte Stunden mit meiner Familie verbringen als mich immer für Dinge rechtfertigen zu müssen. Ich hoffe sehr das die Inklusion auch so umgesetzt wird dass wir alle die es benötigen unbürokratisch zum Ziel kommen.

---

Beate Philipp schrieb am 30.11.2012, 08:10

### **Auch mich hat es getroffen**

Einen schönen guten Morgen an Alle, die dies lesen,

ja, auch mich hat es getroffen. Auch ich, Mutter von drei Kindern, benötige dringend einen PKW. Es kann auch gern ein guter Gebraucher sein. Auch ich stoße an die Grenzen, niemand möchte oder kann mir helfen. Wir sind auf die Mobilität total angewiesen. Wir wohnen sehr sehr ländlich und die Verbindungen sind sehr schlecht und es sind weiter Strecken zu laufen. Für mich als Schwerbehinderte mit den Zeichen G, B, H unmöglich. Ich benötige dringend einen anderen PKW. Ich stehe vor einem riesen Problem und weiss nicht, da ich ja nicht mehr berufstätig bin, denn diesen Menschen wird ja Gott sei Dank noch geholfen,

wie ich es lösen soll. Die finanziellen Mittel sind auch nicht vorhanden. WAS TUN????

Ich wäre sehr froh, wenn die Behörden eine Einsicht hätten und nicht nur nach Schreibtischlage entscheiden würden.

In der Hoffnung, dass sich auch für uns, die nicht mehr am Arbeitsleben teilnehmen, etwas tun wird, schöne Grüsse aus dem Schwabenland.

---

Michael Rahlmeyer schrieb am 30.11.2012, 05:04

## **2 Klassen Gesellschaft ??**

Michael Rahlmeyer aus Lengede

Hallo an alle!

Ich bin 42 Jahre alt, Vater von zwei Kindern 7 und 12 Jahre alt Eu Rentner, meine Frau ist Hartz IV Empfängerin und die mich pflegende Person, also mit Arbeit zugeeckt!

Ich bin zu 100% Schwerbehindert G aG B und H.

Bei uns ist ein Problem(KfZ mit behindertengerechten Umbau) akut geworden.

Bei Fragen um Hilfe und Unterstützung habe ich festgestellt alleine zu stehen!!

Bei fragen um Hilfe kam immer wieder die Frage "sind sie Berufstätig", na dann können wir ihnen nicht helfen!!!

Eine Krankheit (MS) hat mich ungefragt aus dem "Leben" gerissen!!!

Aber nicht nur mich, sondern meine ganze Familie (1x mal Jahr in den Urlaub Fliegen - gestrichen, bei allen notwendigen Anschaffungen dreimal den Cent umdrehen).

Nun ja das ist wie so manche sagen Privatvergnügen, aber bei Problemen resultierend aus dieser Krankheit, wird man auch japsend wie ein Ertrinkender allein gelassen (Da können wir nichts machen).

Ich brauche, will ja keinen teuren Luxuswagen, Nobel Sportwagen, nur einen vernünftigen Behindertengerechten PkW

Ich habe nicht geplant Erwerbsunfähig zu sein und werde dann auch noch dafür bestraft!!!!!!!



Michael

---

Friedrich Ahl schrieb am 30.11.2012, 00:54

### **Leben auf Rädern**

Diese Entscheidung war längst überfällig. Eine wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist für Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind nur mit einem entsprechenden Fahrzeug möglich.

Wir selbst haben einen Sohn, der im Rollstuhl sitzt. Nach langem "Kampf" ist es uns vor 2 Jahren gelungen ein behindertengerechtes Fahrzeug zu finanzieren (mit Hilfe des MMB - ohne jegliche Hilfe unseres "Sozialstaates").

Hoffentlich findet das Urteil seinen Weg in die Praxis. Leider findet die Inklusion schon seit langem nur an den Rednerpultern unserer Politiker statt.

---

Ina Bruckmann schrieb am 29.11.2012, 22:49

### **Fam. mit behinderten Kindern**

Ich hoffe das das Gesetz durchkommt! Ich bin eine alleinerziehende Mutter von 2 behinderten Kindern. Ich habe viele Stiftungen anschreiben müssen, damit wir unser Auto + Umbau vor der Tür hatten. Da hätte ich mich gefreut auch eine Unterstützung vom Staat zu bekommen.

Familien mit behinderten Kindern sollten viel mehr unterstützt werden.

---

Thomas Lesser schrieb am 29.11.2012, 21:33

### **Last Worten Taten folgen**

Auf diese Worte müssen aber auch Taten folgen. Nachdem mir schon des öfteren mit der begründung; das ich dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehe, KFz-Hilfe abgelehnt wurde und mir das Gefühl gegeben wurde als behinderter Mensch nur noch bedingt am gesellschaftlichem Leben teilhaben zu dürfen, hoffe ich darauf das es nicht nur leere Worte sind sondern auch Taten folgen. Denn jeder Mensch der Hilfe benötigt hat ein Recht darauf ob behindert oder nicht ob arbeitsfähig oder nicht. Woanders werden Gelder verschwendet , aber wo sie gebraucht werden stelltman sie nicht zur verfügung und flüchtet sich in Ausreden.

---

Tobias Reinhard schrieb am 29.11.2012, 21:08

### **Ein Lichtblick im Dschungel.....2.Teil**

2. Teil:

weitere Gedanken:

In den letzten 5 Jahren hat die Sorge um die Mobilität stets einen riesigen Raum in unserem Alltag eingenommen - damit reihte sich unsere Familie in die Gruppe derjenigen Betroffenen ein, die ohne Zugriff auf ein behindertengerechtes Fahrzeug gesellschaftlich nicht mehr mithalten konnten. Der Hinweis auf "Öffentliche Verkehrsmittel" - ein Treppenwitz.

Seit 7 Monaten haben wir nun einen Bus - ohne Hilfe vom MMB unmöglich - und wir sind wieder an Bord der Gesellschaft.

In dieser Freude über unsere Mobilität hat mich besonders betroffen gemacht, dass andere Menschen aus finanziellen Gründen, z.B. wegen Renteneintritts, die notwendige Reparatur des bereits umgebauten Fahrzeugs nicht finanziell darstellen, geschweige denn ein passendes alternatives behindertengerechtes Fahrzeug erwerben können und sich somit von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verabschieden müssen.

Und genau da muss meines Erachtens interveniert werden – wie ? Für eine ausführliche und qualifizierte Lösungsbeschreibung reichen die 3000 Zeichen nicht, und ich habe auch nur Ansätze, die auf Herz und Nieren geprüft werden müssten; aber aufgrund der neuen Rechtslage ist eine intelligente Lösung ganz sicher entwickelbar.

Und damit schließe ich meine Zeilen und danke allen Verantwortlichen des MMB und anderen Organisationen für ihren außergewöhnlichen Einsatz, der leider, wenn mein Eindruck mich nicht täuscht, von den „Begünstigten“ dieses selbstlosen Eintretens für andere viel zu selten honoriert und motivierend beantwortet wird.

Daher auch die Bitte an alle: Schreibt Eure Gedanken, Ideen, Hoffnungen, Lösungsvorschläge und Erfahrungen einfach in einem Leserbrief nieder – auch mir ist dies unwahrscheinlich schwergefallen, weil es 1. neu ist und ich nicht weiß, ob meine Gedanken für jeden verständlich und letztendlich hilfreich sind – ich hoffe es einfach und verbleibe mit allen guten Wünschen für eine positiv dynamische Entwicklung im Bereich „Mobilität für alle“.

Tobias Reinhard

---

Tobias Reinhard schrieb am 29.11.2012, 21:07

### **Ein Lichtblick im Dschungel....1. Teil**

.....so oder so ähnlich empfinde ich diese wohl sehr positive Neuigkeit für viele viele Menschen, die tagtäglich das Thema Mobilität in allen Facetten ihres Lebens managen müssen.

Obwohl unsere Familie mit unserer 5-jährigen muskeldystrophen Tochter unmittelbar von dieser neuen Entwicklung betroffen ist, fehlt mir aufgrund fehlender Erfahrungen mit Behörden und Dank der unglaublichen Unterstützung unserer Familien und Freunden bei der Beschaffung eines geeigneten Fahrzeuges das Gefühl für die Bedeutung dieses "Meilensteins".

Trotzdem hoffe ich, mit einer paar Gedanken dieses zarte Pflänzchen im Dschungel der Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft zum Wachsen zu bringen:  
1.) Da die selbstbestimmbare Mobilität ein wichtiger Schlüssel zur Teilhabe am

gesellschaftlichen Leben ist und diese Teilhabe nachweisbar wohl nicht ausschließlich über ein Beschäftigungsverhältnis definiert werden kann, ist Dank dieser Neuheit dem Ungleichgewicht, nur Menschen im Arbeitsleben im Bezug auf ihre Mobilität zu unterstützen, endlich der Kampf angesagt.

2.) Jeder, ob jung oder alt, ob arm ob reich, sollte in unserer Gesellschaft, die auf einem unglaublich hohen Niveau existieren darf, eine faire Möglichkeit auf Mobilität erhalten - am besten sogar in Form eines Grundrechts - weder Alter noch Vermögen machen Menschen vor dem Gesetz gleicher !!!

3.) Vielleicht können aufgrund dieses Urteils neue, auch unter wirtschaftlichen Aspekten geprüfte, neue Strukturen geschaffen werden, den o.g. Dschungel gerechter zu "infrastrukturieren".

Teil 2 folgt!

---

Angelika Frey schrieb am 29.11.2012, 21:03

### **es geht voran!!**

Super, es tut sich etwas!!

Das sind doch tolle Aussagen für alle teilerwerbs-erwerbsunfähige behinderte Menschen.

Wie oft hörte ich den Satz: Da Sie für den Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, erhalten Sie keine Unterstützung zur Beschaffung eines behindertengerechten Fahrzeugs.

Da war die Isolation programmiert. Ich sitze abgeschoben zuhause, klar, habe mir die Krankheit ausgesucht! Natürlich erhält man Fahrten, besser als nichts, will nicht undankbar sein, jedoch für wen oder was setzt man den nie spontanen, sondern drei Tage vorher angemeldeten Transport ein? Für das in der Nacht erkrankte Kind? Arztbesuch? Fahrt zur Apotheke? Zur Therapie? Elternabend? Einkauf lebensnotwendiger Dinge(Essen,Hygieneartikel)? Oder vielleicht doch für ein Schwimmbadbesuch, Kino, Zuschauen beim Fussballspiel der Kinder? Besuch bei Freunden oder Verwandten. Oder ist dies für einen Behinderten zuviel des Guten verlangt? Welchen Anspruch darf man haben wenn von Inklusion, Gleichberechtigung gesprochen wird??Ich habe diesen abgeschobenen, minderwertigen Weg durchlebt. Leider meine Jungs durch meine fehlende Mobilität auch.

Den Lichtblick und die notwendige Hilfe raus aus der Gefangenschaft durfte ich durch die Mitglieder von Mobil mit Behinderung erfahren. Mit dem Wissen, der Motivation durch Heinrich Buschmann und den Glauben an das Recht zur Teilhabe am Leben trotz Behinderung erlang ich meine Mobilität zurück. Vielen Dank an zahlreiche Stiftungen, die mir in Begleitung von Mobil mit Behinderung finanzielle Unterstützung gaben. Ich wurde wieder selbstständig,selbstbewusst, unabhängig, habe die Freude morgens in den Spiegel zu lachen wieder zurück.

Krankheiten sucht man sich nicht aus, kann man nicht bestellen oder abbestellen. Krankheiten können jeden treffen, jeden Tag, jede Stunde,von Geburt an, in jungen oder erwachsenen Alter. Gut wenn einem geholfen wird.

Danke an alle die mit uns das gleiche Ziel verfolgen. Gemeinsam sind wir stark!

---

inge paare-renkhoff schrieb am 29.11.2012, 20:43

### **Hoffentlich ändert sich die Gesetzeslage**

.....denn das unwürdige Verhalten der Sozialbehörden gegenüber behinderten Menschen muss ein Ende haben.

Ob der Beschluß des Bayrischen Landtags zur Änderung der Bewilligungspraxis in den bayrischen Bezirken führt, wird die Zukunft zeigen. Ich hoffe es für die vielen Betroffenen, dass sie sich nicht doch durch die gerichten Instanzen klagen müssen. Das dauert Jahre, in meinem Fall schon mehr als 4 Jahre.

Mein Apell an die Regierungsparteien: Menschen mit Behinderungen dürfen nur wegen ihrer Behinderung nicht zeitlebens der Sozialhilfe zugeordnet werden, ändern Sie die gesetzlichen Grundlagen, schaffen Sie ein Teilhabegesetz in dem auch die KFZ Hilfe Förderung verankert ist.

---

Norbert Michl schrieb am 29.11.2012, 20:27

### **Zeit wird es das für unsere Behinderten Kindern wa**

Hallo mein Name ist Norbert Michl , mein Sohn Marcel leidet an Muskelschwund und wir brauchten

ein Behindertengerechtes umgebautes Auto , da wir uns aber auf Grund der Behinderung unseres Sohnes

eine Behinderten umgebaute Wohnung gekauft hatten und ich Alleinverdiener bin waren wir auf Spenden angewiesen .

Wir haben dank des Vereines Mobil mit Behinderung und anderen

Spendenaufrufen uns ein Auto behinderten gerecht

kaufen können. Es wäre aber viel leichter für uns gewesen wenn wir wenigstens den Umbau in Höhe von 7.000.Euro vom

vom Staat bekommen hätten .Ich würde mich sehr freuen wenn es für andere Menschen mit Behinderten Kinder leichter

gemacht würde als für uns , weil es ist manchmal nicht leicht für Eltern mit Behinderten Kinder die Bürokratie zu verstehen.

Ich hoffe das gesetzt wird durchkommen für alle Behinderten Menschen.

Liebe grüße aus Fürth von Nobbel.

---

Daniel Sanchez schrieb am 29.11.2012, 17:13

## Ein Anfang ist gemacht

Ja das liest sich alles hervorragend und ich hoffe das es bis in die Bundesebene durchdringt und eine Einheitliche Regelung erfolgt. So das sich die wenigsten mit Gerichten und Behörden herumschlagen müssen. Die Mobilität ist in der heutigen Zeit eine Pflicht, jeder Arbeitgeber, jede Behörde und andere Organisationen wollen das wir Mobil sind und was wird dafür getan? Es müssen erst Menschen klagen und sich Ihre Nerven aufreiben das Vorhandene Gesetze wie die BRK umgesetzt werden. Vielen Dank an die Menschen die sich das antun. Ja und ich hoffe das dieses sehr schnell umgesetzt wird in allen Bundesländern.

---

Diana Böhm schrieb am 29.11.2012, 14:29

### **Wir würden uns freuen**

Hallo!

Wir sind durch die nicht vorhandene Mobilität meines Mannes sehr eingeschränkt. Im wir würden uns freuen, wenn man bundesweit allen Behinderten ermöglicht, diese Hilfe in Anspruch zu nehmen.

---

Holger Dettix schrieb am 29.11.2012, 13:23

### **Endlich tut sich was für uns**

Mobilität bedeutet für mich Lebensqualität.

Ich bin seit 30 Jahren Querschnittgelähmt, früher konnte ich überall ohne fremde Hilfe hinfahren, ob es zum Einkaufen, ins Fußballstadion, zu Konzerten oder anderen öffentlichen Veranstaltungen war. Dann hatte ich vor 2 Jahren einen Totalschaden mit meinem 16 Jahren alten Ford Transit. Nun geht gar nichts mehr. Komme weder zu meiner Freundin noch kann ich Freunde besuchen und über Nacht bleiben. Geht seit dem Unfall nicht mehr, denn ich muss meinen Toilettenstuhl mitnehmen - das war in meinem Ford Transit kein Problem.

Nun muss ich gefahren werden. In normalen PKW's, in die man mich zu zweit hinein setzen muss. Zwei Personen mit Auto, die ich finden muss, um pünktlich zu einem Arzttermin zu kommen oder einfach nur meine alltäglichen Einkäufe zu erledigen. Ein manchmal hoffnungsloses Unterfangen. Die Nutzung der Öffentlichen Verkehrsmittel ist für mich nicht möglich und einen Fahrdienst gibt es hier nicht, so bin ich ohne Auto völlig unselbständig und vom öffentlichen und sozialen Leben komplett abgeschnitten. Ich bin praktisch zu Hause eingesperrt.

Meine Eltern haben sich fast 30 Jahre lang um mich gekümmert, mich gepflegt, für mich geputzt, gewaschen und gekocht. Kurz vor Weihnachten 2011 kam der nächste Schock, mein Vater, 76 Jahre alt, ist an Lungenkrebs erkrankt. Er bekommt derzeit eine Chemotherapie und Bestrahlungen.

Da sich meine Mutter jetzt um meinen Vater kümmern muss, kann sie für mich nicht so viel Zeit aufbringen. Nun bin ich noch mehr auf die Hilfe Dritter angewiesen, die für mich einkaufen oder Erledigungen machen. Ein erdrückender Zustand. Ich bin wahrlich an Höhen und Tiefen gewöhnt, aber aktuell habe ich das Gefühl, dieses Tief nicht überwinden zu können. Dabei würde mir ein Gebraucher völlig genügen – nachdem halte ich schon lange Ausschau.

Mit diesem Urteil habe ich wieder Hoffnung auf Mobilität.

Mit freundlichen Grüßen,

Holger Detti

---

Volkmar Lubian schrieb am 29.11.2012, 11:37

### **Endlich mal was erreichen**

Endlich mal eine positive Nachricht, durch den Beschluss. Wenn es um die Mobilität und die Eingliederung ins öffentliche Leben geht, gerade bei Kindern wird ja sehr viel geredet aber nichts getan. Wir hatten sehr lange kämpfen müssen, um für unseren schwerst mehrfachbehinderten Sohn überhaupt ein Fahrzeug zu bekommen. Nur mit Hilfe des MMB war es uns gerade so gelungen.

Und deshalb auch hier noch mal einen großen Dank an den MMB für seine intensive Arbeit.

Schade ist das man oft, um die hart errungenen Spendengelder nicht verfallen lassen will, zu einem alternativen Fahrzeug greifen muss, das nicht auf die entsprechende Behinderung zugeschnitten ist.

Außerdem steht man dann auch mit den Folgekosten allein, wenn auch keine Kfz-Steuerbefreiung besteht.

Wir haben z.B. schon sehr viele hohe Reparaturkosten für unseren 4 1/2 Jahre alten Opel Vivaro gehabt, welcher ein sehr großes Loch in unsere Haushaltskasse hinterließ.

Wie schon oft hier geschrieben suchen wir unser Schicksal nicht selbst aus. Aber wir stehen dazu und bitten um Verständnis.

Wir könnten es uns einfach machen und unsere Angehörigen in ein Heim geben, welches aber Mehrkosten für den Staat fordern würde.

Doch das wollen wir nicht und als Dank bekommt man noch einen Tritt in den Allerwertesten um es mal förmlich auszudrücken.

Ich kann nur sagen weitermachen.

---

Kerstin Zander schrieb am 29.11.2012, 11:23

### **Hoffnungsschimmer**

Ich bin muskelkrank und trotzdem stark für's Leben. Aber manchmal ist man einfach müde. Müde, für Dinge kämpfen zu müssen, die für „Normale“ selbstverständlich sind. Als Rentnerin war es für mich unmöglich meine Mobilität aufrechtzuerhalten. Der MMB hat mich ins Leben zurück geholt. Muss es wirklich so weit kommen?! Ist das Leben mit Behinderung nicht schon schwer genug? Umdenken ist angesagt!!! Inklusion ist nicht nur ein Wort!!!

---

Eckhard Wolfen schrieb am 29.11.2012, 11:05

### **KFZ-HILFE als Beitrag zur Teilhabe ein MUSS**

Gerade für Menschen mit Behinderung hat Mobilität eine Schlüsselfunktion, die eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe im Sinne der BRK erst möglich macht. Mobilität muss dabei flexibel, zuverlässig und selbständig möglich sein.

Deshalb braucht es ein uneingeschränktes Recht auf Mobilität im Rahmen der Eingliederungshilfe!

Der bayrische Beschluss weist in die richtige Richtung - jetzt muss mit den anderen Bundesländern eine umfassende, einheitliche Regelung erarbeitet und umgesetzt werden, die vernünftige und einklagbare Standards setzt !!!

---

Ursula Keim schrieb am 29.11.2012, 10:30

### **Was macht der Bezirk OBB. aus diesem Beschluss? Wa**

Ich kann aus meiner leidlichen Erfahrung mit dem Bezirk Obb. als Mutter eines 8-jährigen schwerstbehinderten Kindes nur sagen, dass der Bezirk, wenn überhaupt, nur langsam irgendwelche Beschlüsse und Urteile umsetzt. Die Geschäftsführung äußert sich gar nicht und die Pressesprecherin ist eiskalt. Papier ist geduldig und Politiker erzählen viel, wenn der Tag lang ist.

Wichtig ist, dass wir immer wieder bei den Behörden Sturm laufen!

Uns nicht damit abfinden, dass unsere Kinder ausgegrenzt werden!

Und soviel wie möglich öffentlich machen!!!

Nur dann wird sich was ändern!

Vielen Dank dem MBB für seine Unterstützung - ohne den hätten wir immer noch kein behindertengerechtes Auto!! - und für die aktive politische Arbeit!

---

Regina Scholz schrieb am 29.11.2012, 10:02

### **BRK Was ist das???**

So scheinen viele Behörden zu fragen! Noch nie was davon gehört! Auch ich bin eine von vielen Behinderten die sich mit Hilfe des MMB, Stiftungen, Freunden und Bekannten ein Auto "erbetteln" konnte. Den einfachen Umbau (Handbedienung) dazu. Das war eine nervenaufreibende Zeit, fast 3 Jahre hat es gedauert, bis ich

wieder das hatte, was für Nichtbehinderte normal ist - MOBILITÄT!!! Das ich aber immer noch jemanden brauche um aus dem Auto zu kommen, dass ist das nächste Problem, dazu hat das Geld der vielen Spenden nicht gereicht. Behörden weißten Dich mit dem Argument ab- wer nicht arbeitet braucht auch kein Auto- zum Arzt kann man ja mit einem Fahrdienst fahren und sich für andere Fahrten den Fahrkostenzuschuss holen. Ja das ist ja schön und gut. 50 € im Monat- wie weit kommt man damit , wenn man auf dem Land lebt?

Aber der Lichtblick ist da. Auch ich werde weiter kämpfen! Der Verein Soziale Projektorganisation ist mir dabei eine sehr große Hilfe. Die Kompetenz ist große Klasse, dafür möchte ich mich an dieser Stelle auch einmal bedanken, genau wie bei allen anderen Ehrenamtlichen, die ihre Zeit und Energie dafür einsetzen, uns ein wenig Lebensqualität zu ermöglichen.

Wollen wir hoffen, dass es bald nicht mehr nötig sein wird, um unsere Mobilität kämpfen zu müssen und das wir wie alle "Gesunden" am Leben, teilhaben können. Und das bitte selbstbestimmt!!!

---

Anja Siegle schrieb am 29.11.2012, 09:50

### **Endlich...**

ist ein Gesetz auf den Weg gebracht worden, das uns -oder zumindest den bayrischen Mitstreitern- hoffentlich so manchen steinigen Weg ebnen wird. Wenn nun noch andere Länder oder gar die Bundesregierung nachziehen würde...hättet Ihr, der MMB mit all seinen mutigen und engagierten ehrenamtlich Arbeitenden Euer Ziel erreicht...unglaublich! Nachdem Ihr so vielen Behinderte, so vielen Familien geholfen habt zu ihrem Auto zu kommen. So auch bei uns: wir sind seit zwei Jahren im Besitz eines, für unsere schwerbehinderte Tochter umgebauten Autos, nachdem ich ein Jahr lang dafür gearbeitet habe. Arbeiten heißt in diesem Fall: jede freie Minute im Arbeitszimmer verbringen, Mails checken, Stiftungsanträge fertig machen, Nachfragen beantworten (mal wieder die gesamte finanzielle Situation offen legen), viele Telefongespräche mit Beratern und Vorständen des MMBs führen (nochmals DANKE an dieser Stelle), Autos anschauen und KVs einholen, sich über verschiedene Umbauten informieren, KVs einholen, zwischendurch den Ehemann über das weitere Vorgehen informieren und interne Familienabsprachen treffen, Widersprüche bei Krankenkasse und Landratsamt einlegen, einen Rechtsanwalt suchen, vor Gericht gehen, und, und, und...dies alles mit einer Familie im Background, die grundsätzlich schon schwer belastet ist...

es wäre soo schön, wenn man dies alles anderen ersparen könnte und endlich jeder das Recht und die Möglichkeit zur individuellen Mobilität erhalten könnte, unsere Politiker endlich aufwachen und auch unsere Anliegen wahr- und ernstnehmen würden und für uns einstehen würden, damit andere einen geraden Weg gehen (oder rollen) können.



Peter Fellmann schrieb am 29.11.2012, 08:01

### **Das macht Mut**

Dieser Beschluss macht Mut weiter zu kämpfen.

Bayern hat es vorgemacht, die anderen Bundesländer müssen folgen.

Es ist ein weiterer Schritt nach vorne, denn auch Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Mobilität.

Peter Fellmann

---

Nadine Brenner schrieb am 29.11.2012, 04:38

### **Normalität für alle**

Wir sind gerade dabei für meine mehrfach schwerstbehinderte 5 jährige Tochter durch Spendenaufrufe zubekommen.

Es kostet einen unheimlich viel Zeit und Kraft.

Warum haben nicht alle ein Recht auf dieses Stück "Normalität" im Leben?

Wir haben uns dieses Schicksal nicht aussuchen dürfen, aber wir haben es angenommen und sind bereit unser Kind selber zu Hause zwischen die Geschwister zu pflegen und es an unserem Familienleben teilhaben zulassen.

Leider wird einem immer wieder ein Strich durch diese Rechnung gemacht, weil man wenn man nicht im Besitz eines geeigneten Transportmittels ist jegliche jegliche Ausflüge und Fahrten exakt planen muß, von spontanität kann hier nicht mehr die Rede sein.

Also muß auf vieles was für Andere normal ist verzichtet werden und das heißt dann es müssen alle verzichten nicht nur der Behinderte sondern seine ganze Familie.

Alle Menschen, ob groß oder klein, sollen am Leben teilhaben, aber gefördert wird dies hauptsächlich für die "normalen" gesunden Menschen.

Aber was ist normal und gesund?

Hat nicht jeder ein kleines Handicap, nur das wir uns meist selber helfen können und diese besonderen Menschen auf unsere Hilfe angewiesen sind.

Ich möchte Normalität für alle, egal ob krank oder gesund.

Mit freundlichem Gruß

Nadine Brenner

---

Joachim und Edith Flach schrieb am 29.11.2012, 01:35

### **Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist kein Luxus**

Meine Frau und ich, wir sind beide schwerbehindert. Meine Frau ist auf einen Rollstuhl angewiesen. Bisher haben wir Fahrten zum Arzt und Versorgungsfahrten immer selbst, ohne fremde Hilfe im eigenen PKW durchführen können. Mittlerweile fällt es meiner Frau immer schwerer sich in unser Auto zu setzen, verursacht durch Arthrose in beiden Hüftgelenken und beiden Knien. Dieses Kfz. haben wir vor 10 Jahren gebraucht erworben. Heute erfüllt es nicht mehr den Zweck zu dem wir es damals angeschafft haben. Der Grund ist unsere verschlechterte körperliche Verfassung.

Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird uns dadurch unmöglich gemacht, weil uns Anträge auf ein behindertengerechtes Fahrzeug abgelehnt werden. Jeder, der nichtbehinderten Mitmenschen braucht sich nicht zu fragen, wie komme ich von A nach B. Solange jemand „Füße bis auf die Erde“ hat ist das alles kein Problem. Was machen aber Rollstuhlfahrer, die auf ein passend ausgestattetes Fahrzeug angewiesen sind? Da sich die Situation der Behindertenfahrdienste in Zukunft nur noch zum Schlechteren verändern wird, ist es für uns erforderlich ein adäquates rollstuhlgerechtes Kfz. zu bekommen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat 2009 diese Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Es wird Zeit, dass in den Köpfen der Entscheidungsträger ankommt, dass kein Behinderter sich aus Spaß an der Freude in einen Rollstuhl setzt. Vielmehr benötigt ein Behinderter eine Möglichkeit durch adäquate Hilfsmittel mobil zu sein. Dadurch wird gemäß BRK Artikel 20 Behinderten geholfen am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, und es ist kein Luxus.

---

Tanja Bakker schrieb am 29.11.2012, 01:34

### **Teilhabe am aktiven Leben sowie Mobilität sind Gru**

Wir sind eine betroffene Familie mit einem sehr schwer behinderten Sohn (11 Jahre, 40 KG, ca. 1,45 m) und einem Kleinkind (2 Jahre). Obwohl wir in München mit sehr guter Infrastruktur wohnen ist Mobilität für uns nur eingeschränkt gegeben und zudem oft sehr umständlich. Bei allen Aktivitäten außer Haus ist zu prüfen, ob und wie wir überhaupt mit Rollstuhl zum Ziel kommen. So gibt es z. B. in Starnberg (See) nur Treppen. Daneben sind Aufzüge öfters außer Betrieb, der Rollstuhl zum Tragen zu schwer und Rolltreppen zu gefährlich. Umsteigen ist oft zeitintensiv, da z. B. meist mehrere Aufzüge zu nutzen sind, welche auseinanderliegen oder Busse/Tram mit Kinderwägen, anderem Rollstuhl, Rollatoren bereits besetzt sind.

Fahrdienste können nicht spontan bestellt werden wie Taxis. Bahnfahrten bedingen Reservierung vom Rollstuhlplatz und Anforderung einer Einstiegshilfe, bei einer geplanten Fahrt in die Niederlande war vorab nicht zu klären, wie wir ab

Utrecht (NL) weiterreisen können. Krankentransporte konnten zwar unseren Sohn mitnehmen im Liegen, jedoch nicht den Rollstuhl (aus versicherungstechnischen Gründen), so muss einer dann den Rollstuhl mit öffentlichen Verkehrsmitteln hinterherfahren.

Dazu kommt das Problem, dass neben dem Rollstuhl bei mehrstündiger Abwesenheit von zu Hause mittlerweile auch ein Lifter mitzunehmen ist, um unterwegs unsern Sohn hinlegen zu können. Und wo wickelt man ein so großes Kind unterwegs bzw. wie versorgt man es, wenn er erbricht oder einen epileptischen Anfall hat? Mal abgesehen davon, dass die Befindlichkeit von unserem Sohn sehr und vor allem unvorhersehbar schwankt und ihm Fahrten in öffentlichen Verkehrsmitteln mit vielen Leuten und Geräuschen bei schlechter Verfassung stark belastet.

Ohne eigenes Auto mit der Möglichkeit unseren Sohn damit im Rollstuhl mitzunehmen, ihn zu wickeln, zu beruhigen und zu versorgen ist die Teilhabe am sozialen Leben für die ganze Familie sehr eingeschränkt bis nicht mehr möglich. Inklusion außerhalb der Familie scheitert schon an der fehlenden Mobilität.

Von daher kann ich nur hoffen, dass der Widerspruch vom Sozialgericht München eine Umsetzung beim Bezirk Oberbayern findet und auch in allen anderen Bundesländern. Das ein Umdenken erfolgt und mehr Bewusstheit hinsichtlich der mit einer Behinderung einhergehenden Problematiken. Teilhabe am aktiven Leben sowie Mobilität sind meines Erachtens Grundbedürfnisse des Menschen, die jedem ermöglicht werden sollte!!!

Es ist auch zu bedenken: Die Anschaffungskosten für ein solch großes Auto mit den erforderlichen Umbauten sind enorm !!! Es sind Kosten, die wir als Familie ohne behindertes Kind nicht hätten. Ebenso wie die enormen Kosten und auch der Aufwand, um Wohnung oder Haus behindertengerecht zu gestalten.

Zuletzt noch ein herzlicher Dank dem tollen und sehr hilfreichen Engagement vom MMB !!! Kompetent, gut organisiert, Mut machend, ...

---

Ulrich Herda schrieb am 28.11.2012, 23:49

### **keine Luxusschnorrer**

Auch ein Weg von 1000 Meilen beginnt mit dem ersten Schritt ...

Ich bin zuversichtlich, dass weitere Schritte folgen und uns dem Ziel näher bringen werden.

Den beharrlichen Streitern ein großes Dankeschön !

Wie oft musste ich in meiner mittlerweile 16-jährigen Rollstuhlkarriere verzichten auf Konzerte, Geburtstageinladungen, Raus-aus-der-Stadt-ins-Grüne und sehr

viel mehr, weil kein Rollstuhltaxi zu bekommen war (von den ohnehin nur 2 Rollstuhltaxen ist eins mehr in der Werkstatt als im Einsatz). Dringend benötigte Krankengymnastikstunden mussten ausfallen, weil der Fahrdienst mich wegen Fehlplanung versetzt hat. Die selbstverständliche mobile Freiheit, die gesunde Menschen haben, sei jedem von Herzen gegönnt - auch den Sachbearbeitern/Entscheidern. Ich wünsche mir nur, dass sie sich in unsere Notwendigkeiten besser hineindenken können und uns nicht als Luxusschnorrer abweisen. Der erste Schritt ist getan .....

---

Nicole Scheibner schrieb am 28.11.2012, 23:09

### **Endlich...**

...findet sich mal ein Zeichen, dass das Thema der Mobilität behinderter Menschen in den Köpfen derjenigen, die die Weichen stellen können, ankommt. Unser Sohn ist 7 Jahre alt und schwerst mehrfach behindert. Noch bewältigen wir die Mobilität allein, weil er noch in einem Kindersitz sitzen kann. Trotzdem beschäftigt uns schon jetzt die Frage, wie es wohl in 3, 5 oder 10 Jahren aussehen wird. Der Kampf um den Erhalt von Mobilität im Sinne einer "Normalität", so man denn davon in einer entsprechenden familiären Situation sprechen kann, den wir bei anderen Eltern mit größeren Kindern erleben, geht häufig deutlich über die Grenze der Belastbarkeit hinaus. Es stellt sich die Frage, wem damit gedient ist, Menschen, die durch die Behinderung ohnehin einem Belastungslevel ausgesetzt sind, der für Andere oft unvorstellbar ist (von Pflegeaufgaben über häufige Erkrankungen, Krankenhausaufenthalte, Jahren, in denen man nicht eine Nacht durchschläft über Belastungen für die Beziehung, finanzielle Einschränkungen und in vielen Fällen dem Versuch, neben all dem noch einem Beruf nachzugehen), diese weitere Bürde aufzubinden und Mobilität zu verweigern. Denn pflegende Angehörige weisen ein hohes Burnout-Risiko auf. Der jahrelange Kampf um den Erhalt der Mobilität und das Gefühl, immer nur gegen Wände zu laufen, können dieses Risiko potenzieren. Ich wünsche uns allen und auch allen, die nach uns kommen werden, dass hier wirklich ein Meilenstein erreicht ist! Außerdem: Ein großes Dankeschön an den MMB fürs Dranbleiben an diesem wichtigen Thema und für das Auch-noch-gegen-die-100.-Wand-laufen (oder rollen ;-), um das Thema in das gesellschaftliche Bewusstsein zu bringen.

---

Siggi Engel schrieb am 28.11.2012, 23:01

### **Hoffnung in Richtung Gerechtigkeit**

Wir s. Eltern e. inzwisch. 24 jäh. Tochter mit Mehrfachbehinderung, sowie diversen weit. Erkrankg., auch einer Muskelerkr., i. d. F. sie seit 8 -9 Jahren a. d. Rollstuhl angewiesen ist. Eine weit. Erkrankung führte noch zu einer massiven Gewichtszunahme, so dass sie damals schon a. Schwerlastpatientin galt. Trotz dieses Gewichtes blieb uns keine andere Wahl als sie von Hand mit äußerst hoher

körperl. Anstrengung a. d. Rollst. zu ziehen und auf den Sitz des normalen PKW ´s umzusetzen. Jedes Mal riskierten wir selbst schwere körperliche Folgeschäden . Zudem war das Risiko, dass unsere Tochter einfach in sich zusammen sackt groß. Die Situation war nicht mehr zu verantwort. Da wir nicht über die finanziellen Mittel für den Kauf und dem Umbau eines rollstuhlgerechten Buses hatten, nahmen wir Kontakt mit dem zuständigen Amt auf und erhielten ein Merkblatt auf dem ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass wir nicht antragsberechtigt seien, da es sich bei uns "nur um Eltern handle, die dieses Fahrzeug für ihre Tochter zu Fahrten zu Ärzten, Therapien und zur Teilhabe am sozialen Leben nützen würden, unsere Tochter den Bus aber nicht zu Fahrten zur Arbeitsstelle nützen würde/könne. Unterdessen lief uns die Zeit davon, die körperliche Situation unserer Tochter ließ uns keine Zeit mehr für Spendenaufrufe oder Stiftungen , so den dringend benötigten Bus zu finanzieren. Wir waren gezwungen diesen Bus durch einen Kredit zu finanzieren und für alle Kosten allein aufzukommen. Ein Betrag von ca. 38.000,- Euro. Für eine 5-köpfige Familie mit einem Alleinverdiener eine große Last. Unsere Tochter hätte hier auf dem Land keinerlei Chance auch nur an einem simplen Einkauf im nächsten Ort teilzunehmen. Reisenproblem-die Sicherung. d. med.Versorg. wenn ein medizinisches Problem Soforthilfe erforderlich macht und ein Arzt umgehend aufgesucht werden muss? Mit nun mehr mind 160 kg ,einem überbreiten Rollstuhl u. als Sitzriese , passt sie in ganz viele Busse gar nicht hinein - incl. auch so manchem RTW. Wir sind absolut auf diesen Bus angewiesen, um im Notfall sofort die nötige ärztliche Versorgung veranlassen zu können. Übrigens - Fachärzte, die kommen nicht ins Haus. Einmal haben wir diese Verschuldung auf uns genommen, um e. Heimunterbrg. abzuwenden, ein 2. Mal ist dies nicht mehr mögl. In Fällen in denen nachweislich so ein KFZ notwendig ist - bes.dort wo es die mediz. Versorgung mitsichert - dort muss es eine gesetzliche Änderung geben und diese Fahrzeuge müssen über die Eingliederungshilfe mit- oder vollfinanziert werden, auch für jene, die das Fahrzeug nicht zur Fahrt zum Arbeitsplatz nützen, sondern nur mit Hilfe dieses Fahrzeug auch am normalen sozialen Leben teilnehmen können - Jeder gesunde Mensch kann dies -ein Mensch darf nicht aufgrund seiner Behinderung benachteiligt werden und deshalb muss eine Gesetzesänderung dringend umgesetzt werden. Es bleibt noch genug Kampf auf allen Ebenen für Eltern eines Kindes mit Behinderung übrig.....

---

Bernd Sauerland schrieb am 28.11.2012, 22:26

### **Last uns in Frieden Leben**

Ich bin seit 5 Jahren an MS erkrankt, mich hat es ziemlich übel erwischt, seit 3 Jahren bin ich ausserhalb des Hauses Rollstuhlfahrer. Man muss sich alles erkämpfen, wird gedmütigt wo es nur geht, als man mir dann die Fahrerlaubnis für ein normales Automatikfahrzeug entzog und ich nur noch ein Umgebautes Fahrzeug fahren durfte, brach eine Welt zusammen, ich musste das erste Mal in meinem Leben Betteln gehen, somal ich in einem Ort Lebe, wo ich nicht mal mit

einem öffentlichen Verkehrsmittel wegkomme. Man macht sich echt zum Deppen und mit viel Glück schafft man es vielleicht ein Auto zusammen zu bekommen. Das der ganze und immer wieder auftretende Stress stark an der Gesundheit zehrt, interessiert hier keinen. Schon garnicht wenn man berentet ist, da ist man durchgefallen. Hoffentlich wird es jetzt endlich besser.

Mit besten Grüßen

Bernd Sauerland

---

Alexandra Schillinger schrieb am 28.11.2012, 22:22

### **Warum über etwas Selbstverständliches diskutieren.**

Wenn wir kein behindertes Kind hätten, würden wir auch keinen Antrag auf Kostenübernahme eines behindertengerechten Fahrzeuges stellen... warum muß man immer um etwas Selbstverständliches wie die Hilfe für einen solchen Menschen kämpfen?

Warum muß man sich immer wieder bei allmöglichen Behörden erklären und den Kampf um Genehmigungen immer wieder führen?

Sollte die Bewilligung solcher Alltagshilfen nicht unbürokratisch und leichter erfolgen? Muß man es uns als Eltern immer wieder schwer machen?

Warum sollte ein solchen Fahrzeug, wenn es notwendig ist für die Familie, für die Kinder oder eines Erwachsenen nicht als Hilfsmittel genehmigt werden? Hat jede Familie das Geld auf der Seite um sich solch ein Fahrzeug leisten zu können? Und was kommt günstiger für den Leistungsträger: der Fahrdienst oder der Vater?

Alles Fragen, auf die wir hoffentlich auch hier in Baden Württemberg endlich eine vernünftige und real umsetzbare Antwort erhalten... wir warten schon so lange!!!

---

Anke Brinkmann schrieb am 28.11.2012, 21:09

### **Am Ende des Tunnels scheint ein kleines Lämpchen**

und gibt uns allen die ein behindertes Kind haben ein fünkchen Hoffnung das alle anderen Bundesländer sich ein Beispiel nehmen an Bayern die mit gutem Vorbild voran schreiten will.

Ich selber, alleinerziehend und Berufstätig, mit 4 Kindern davon eine behinderte Tochter und wie oft musste ich um Hilfe betteln bei Ämtern und Behörden. Es kostet jedesmal große Überwindung Stiftungen anzubetteln um Hilfe zu bekommen die uns/mir die Behörden nicht bewilligen wollen. Es müssen Gesetze geschaffen werden, indem es keine wenn und aber gibt, ansonsten werden wieder Schlupflöcher gesucht und ja auch gefunden um uns so wichtige Hilfe nicht geben zu müssen.

Die Gelder die uns von zig Stiftungen für ein PKW zur Verfügung gestellt werden,

könnten dann sinnvoller in Therapien eingesetzt werden, die wiederum von der Krankenkassen nicht übernommen werden. Egal wo und wie wir Hilfe für unsere Kinder benötigen wir müssen immer Kämpfen. Diese Kämpfe kosten enorm viel Kraft und Energie die ich lieber in meine Kinder investieren möchte. Ein einheitliches Länderübergreifendes Gesetz wird uns Helfen.

Seit gut 11 Jahren kämpft der MMB (Mobil mit Behinderung) für ein umdenken bei der Politik und unterstützt ehrenamtlich alle Mitglieder bei den vielen Kämpfen mit den Behörden.

An dieser Stelle an den MMB ein großes Dankeschön!!!!

Liebe Politiker lasst uns nicht im Stich, auch Menschen mit Behinderung haben ein Anspruch auf Mobilität und dadurch auch ein Stückchen Selbstständigkeit!!

Anke Brinkmann

---

Jürgen Hammer schrieb am 28.11.2012, 20:58

### **Hoffentlich ...**

Hoffentlich setzt sich diese Anschauung bis in die letzte Amtsstube der anderen Bundesländer durch, hoffentlich begreifen auch die Krankenkassen ihren eigentlichen Auftrag. Inklusion ohne Mobilität ist wie Krankheit ohne Rehabilitation. Hier geht es nun mal ein kleines Stück weiter, hoffentlich bleibt man in dieser Entwicklung auch mobil und es wird ein Dauerläufer, auch für die, die nach uns noch in den Rollstuhl kommen.

---

Bea Fröhner schrieb am 28.11.2012, 20:50

### **Na, hoffen wir mal ....**

dass es jetzt doch Hilfe bei der Anschaffung eines behindertengerechten Fahrzeuges geben wird .

Ich selbst habe einen schwerstbehinderten Sohn, der nur noch im Rollstuhl transportiert werden kann,

da er für einen Kindersitz zu groß geworden ist.

Im Jahre 2009 stellte ich beim LWL einen Antrag auf Kostenzuschuss zum Fahrzeugkauf.

Dieser wurde abgelehnt mit der Begründung, dass es das nur bei Teilhabe am Arbeitsleben gäbe.

Freizeitgestaltung, Besuche bei Freunden und Bekannten, Ausflüge ... eben all das, was man mit gesunden

Kindern unternimmt , sehe ich als Teilhabe am Leben in der Allgemeinheit ...

wurde mir vom LWL als

Privatvergnügen ausgelegt . Für Fahrten zum Arzt und zu Therapien gäbe es ja Krankentransporte.

Leider müssen Krankentransporte 14 Tage vorab bestellt werden und über das

Sozialamt stehen einem doch ganze 400 km pro Jahr zur Verfügung .... da könnte ich mir aussuchen, ob ich zwei mal im Jahr die Zahnklinik aufsuche und den Neurologen dann auf das nächste Jahr verschiebe .... einfach ein Unding ! Die Ärzte für besondere Kinder liegen nicht mal vor der Haustür und sind mit viel Fahrerei verbunden . Als allein erziehende Mutter mit weiteren Kindern kommt dann noch die Organisation der Betreuung der Geschwister dazu . Auch nach Widerspruch wurde mir letztendlich die Hilfe abgelehnt , und zwar im Januar 2012 ! Man verwies mich an eine Stiftung, die bereit wäre, 2000 Euro für den Fahrzeugkauf zu spenden.... allerdings muss ich nachweisen, wie der Rest finanziert wird . Und mal ehrlich, die 2000 Euro wären vielleicht der Betrag für die Rollstuhlrampe. Eine andere Familie mit behinderten Drillingen gleichen Alters wie mein Sohn , hat allerdings ein komplettes behindertengerechtes Fahrzeug vom LWL bekommen .... auch ohne Teilhabe am Arbeitsleben.

Na, dann werde ich wohl mal einen neuen Antrag stellen :-)

Danke fürs Lesen  
und liebe Grüße

Bea

---

Ruth Reimers schrieb am 28.11.2012, 20:32  
**der erste Schritt in die richtige Richtung**

Hallo aus dem hohen Norden,

ich freue mich sehr dass so langsam Bewegung in den staatlichen Apparat kommt und hoffe es wird auch Auswirkungen auf die übrigen Bundesländer haben. Lange genug sind wir Eltern von behinderten Kindern von Verwaltungsfachangestellten wie Bittsteller und teilweise sogar wie Menschen zweiter Klasse behandelt worden. Sich nicht jedes Mal darüber aufzuregen sondern weiter am Ball zu bleiben und gestellte Anträge "durchzuboxen", ganz nebenbei noch dem Kind ein relativ normales Leben zu ermöglichen war manchmal schon recht schwierig. Ich hoffe nun das wird sich in naher Zukunft ändern. Denn gerade eine Familie in der ein behinderter Mensch lebt, gepflegt und umsorgt wird sollte alle Unterstützung bekommen die ein menschenwürdiges Leben möglich machen. Sinnlos Energie in Widersprüche gegen Ablehnungen von



Hilfen aller Art und, wie im aktuellen Fall, sogar langwierige Gerichtsverhandlungen zu stecken, kann sich kaum ein Angehöriger oder Betroffener leisten.

Ich habe für meinen Sohn bisher sehr viel erreicht. Gerade haben wir das persönliche Budget zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben genehmigt bekommen. Das hat Nerven und viel Zeit gekostet. Häufig habe ich gedacht, ich kann nicht mehr! - aber irgendwie musste es ja immer weiter gehen. Die Zeit hätte ich lieber für meinen Sohn oder auch mal für mich gehabt.....

An dieser Stelle auch einmal öffentlich meinen Dank an den Verein Mobil mit Behinderung e.V.. Von den ehrenamtlichen Mitarbeitern dort habe ich die Unterstützung und Hilfe bekommen die ich mir von staatlichen Stellen erhofft hatte. Ohne diesen Verein und die vielen großzügigen Stiftungen die wir gemeinsam gefunden haben wären mein Sohn und ich auch heute noch ohne KFZ.

Ruth Reimers

---

Saskia Melches schrieb am 28.11.2012, 20:28

### **Ein Anfang ist gemacht!**

Endlich ein Lichtblick, ein Anfang, den es gilt zu nutzen und diesen nicht nur in Bayern umzusetzen, sondern bundesweit!

Paragrafen, die ausgelegt werden, wie es den Behörden passt. Das kann es nicht sein!

Auf Fahrdienste verweisen, die über die Jahre gerechnet teurer sind. Das Geld damit verpulvert wird, anstatt mehr Menschen mit Behinderungen Mobilität zu verschaffen, damit Sie flexibel und spontan am Leben in der Gemeinschaft teilhaben können.

Bayern setzt ein Zeichen und ist auf dem richtigen Weg, hoffentlich schließen sich alle anderen Bundesländer an und gehen den Weg mit.

Es freut mich sehr, dass §8 der Eingliederungshilfe endlich mal so umgesetzt werden sollen, wie sie im Gesetz stehen und nicht, wie man sie willkürlich auslegt.

Danke an all diejenigen, die diesen Antrag auf den Weg gebracht haben und den Beschluss ermöglicht haben.

Ein Anfang den wir alle nutzen müssen um uns in der Politik Gehör zu verschaffen!

Saskia Melches  
Beraterin im MMB e.V.

---

Andreas Vega schrieb am 28.11.2012, 20:26

### **Den Tag nicht vor dem Abend loben**

Natürlich ist es eine gute Nachricht, dass Mitglieder des bayerischen Landtages hier aktiv geworden sind. Und natürlich ist das Urteil auch positiv zu bewerten. Ich will hier nicht den Miesepeter spielen, aber aus Erfahrung kann ich nur sagen dass der Bezirk Oberbayern, im speziellen die Sachbearbeiter und Gruppenleiter, die Aufforderung des Landtages und entsprechende Urteile ignorieren werden. In dem vor einigen Wochen gezeigten Filmbericht im bayerischen Fernsehen sagte die Sprecherin des Bezirkes Oberbayern, dass ihr Verlautbarungen bayerischer Landtagsabgeordneten am Arsch vorbeigehen. Letztlich bedarf es also einer eindeutigen gesetzlichen Regelung, bevor wir uns zu sehr freuen. Hier in Oberbayern sind noch jede Menge vom Bezirk negativ beschiedene Antragsverfahren offen und teilweise beim Sozialgericht anhängig. Meines Wissens ist noch keine Ablehnung eines Kfz zurückgenommen worden.

Freuen wir uns also nicht zu früh!

---

Mario Fuhlrott schrieb am 28.11.2012, 19:54

### **Bitte um landesweite Umsetzung!**

Na, DAS sind doch endlich mal "good news". So lange hat der MMB dafür gekämpft und nun endlich hat man das Ziel vor Augen. Ich bitte um landesweite Umsetzung dieses Urteils, damit endlich Schluß mit dieser Diskriminierung ist! Im Frühjahr d. J. habe ich mit Hilfe des MMB Stiftungen um Hilfe gebeten, weil ich für meinen Rollstuhl eine Ladehilfe benötigte. Die 4.500 € dafür habe ich allein durch Stiftungen finanziert bekommen. Aber es kann doch nicht sein, dass unsereins betteln gehen muss während man Griechenland mit Milliarden zuschüttet.

---

Karin Roskosch schrieb am 28.11.2012, 19:52

### **Endlich!!**

Ich bin Mutter eines schwerbehinderten Sohnes, der in einer WfbM arbeitet und mit dem Fahrdienst abgeholt wird. Das ist wunderbar, aber was ist in der Freizeit? Fahrdienst ja, wenn ich mind. 3 Tage vorher planen kann. Was aber ist, wenn epileptische Anfälle auftreten und mein Sohn dringend nach Hause sollte? Er muß warten, bis der Fahrdienst zur verabredeten Zeit kommt.

Was ist, wenn mein jetziges Fahrzeug zum Schrotthändler muss?

Was machen wir dann?

Wie kommen wir ohne Auto zu einem Arzt, zum Einkaufen, einfach spontan einen Ausflug machen?

Ich bin froh, wenn Bayern endlich den Anfang macht, damit die EU-Gesetze künftig auch umgesetzt werden.

Karin Roskosch

---

Gabriele Patzke schrieb am 28.11.2012, 19:51

### **Wieder ein kleiner Schritt, nur ein kleiner, aber**

Es ist schon traurig, dass dafür jahrelang gerungen werden musste. Als alleinerziehende Mutter zweier behinderter Mädchen und einem Sohn, die zusätzlich im Arbeitsleben steht, ist alles ein Kampf. Wie ein Bittsteller muss an Türen geklopft und um jedes Teil gebettelt und gerungen werden. Manchmal hätte ich aufgeben können, weil all die Kämpfe so viel Kraft kosten. Kraft, die ich lieber in meine Kinder investiert hätte.

Dieser Beschluss gibt mir Mut weiter zu kämpfen!

Aber nicht allein; allein geht man unter. Zusammen kämpfen, dann wird auch etwas erreicht. Das gibt mir die Energie weiter zu kämpfen.

---

Brigitte Betzel-Haarnagel schrieb am 28.11.2012, 19:47

### **Fast ein Wunder**

Für mich grenzt es fast an ein Wunder dass endlich ein Recht auf Mobilität für behinderte Menschen und ihre Familien als selbstverständlich einen Anker setzen kann. Was die Dänen schon lange praktizieren, das sollten wir doch auch ermöglicht bekommen.

Mit hoffnungsvollen Grüßen

Brigitte Betzel-Haarnagel

Beraterin bei MMB Mobil mit Behinderung

---

Erich Reyle schrieb am 28.11.2012, 19:41

### **Dank an die Kämpfer in Bayern**

Endlich kam die Erleuchtung über Bayern, man kann nur hoffen, dass sie auf ganz Deutschland überschwappt!

Als Frührentner versuche ich schon seit vielen Jahren eine finanzielle Hilfe für ein behindertengerechtes Fahrzeug zu erhalten, leider ohne Erfolg. Ich arbeite nicht mehr + habe auch noch kleine Ersparnisse, was immer zu den gleichen fadenscheinigen Ablehnungsgründen führt. Die Menschenwürde wird auf die Arbeitsfähigkeit reduziert!! Ohne meinen 14 Jahre alten klapprigen VW-Bus mit dem eingebauten 20 Jahre alten Lift würde ich hier auf der Alb nur in der Wohnung sitzen. Nicht mal zum Gottesdienst könnte ich gelangen, geschweige denn mit meiner Frau etwas unternehmen. Selbst der Fahrdienst steht mir nicht zu weil meine Frau (einfach Angestellte) zu viel verdient. Eine Neuanschaffung ist dringend erforderlich. Aktuell läuft mein Antrag auf KFZ-Hilfe wieder seit July 2012, ebenso der auf Hilfe zu den Pflegekosten. Wir bluten langsam finanziell aus trotz

der vollen Berufstätigkeit meiner Frau. Die Amtsanmaßung und Politik nach "Gutsherrenart" auf den Amtsstuben muss endlich ein Ende haben. Ich wünsche mir, dass eine Mega-Lawine ins Rollen kommt und wir unsere Abgeordneten mit Schreiben um Unterstützung bombardieren.

---

Torsten Schmidt schrieb am 28.11.2012, 19:37

### **Nur so geht´s**

Der erste Dominostein ist gefallen, Bayern setzt um was ich von allen anderen Bundesländern auch erwarte. Die Gesetze bestehen und die Behörden sollen sich endlich auch diese Gesetze halten!!!! Die anderen Bundesländer werden nachziehen, vorher werden unsere Stimmen nicht verhallen. Wir kriegen Euch alle !!!

Torsten Schmidt (Berater beim MMB)

---

Renate Ehlen schrieb am 28.11.2012, 19:04

### **EIN WIEHNACHTSGESCHENK**

Diese Nachricht ist für mich das schönste Weihnachtsgeschenk seit Jahren. Nun ist es Zeit, dass auch die anderen Bundesländer genauso handeln.

---

Michael Kaufmann schrieb am 28.11.2012, 18:56

### **Erster Anfang aber noch lange nicht genug**

Man hört es gerne, dass der Einsatz von behindertenfreundlichen Institutionen und Politikern auch ab und zu zum Erfolg gelangt. Wenn man sich dazu aber mal ein bisschen Zeit nimmt und zwischen den Zeilen liest wird man auch feststellen müssen wie schwer es fällt diese meist kleinen und hoffentlich in Zukunft auch grösseren Erfolge für behinderte Menschen durchzusetzen. Ich sitze manchmal mit richtigen Bauchschmerzen vor diesen Meldungen und lese von Politikern dessen Pflicht es ist (!!!) die EU-BRK umgehend in deutsches Recht umzusetzen, die aber versuchen dieses Recht schon im Vorfeld an allen Ecken und Enden zu beschneiden. Des öfteren, wenn mich die Wut darüber zu sehr packt, muss ich mich mit positiven Gedanken wieder hoch ziehen. Ich stelle mir manchmal so einen richtigen kleinen "Bundestagskrimi" vor.: Da fahren ein Haufen Streifenwagen rasant, mit Blaulicht und Siräne am Reichstag vor und blockieren alle Ausgänge. Drinnen grosse Beratung über die achte Milliardenhilfe für Griechenland und fünf weitere EU-Staaten. Die Ränge sind bis auf den letzten Platz gefüllt. Kein Wunder, heute soll es auch um die Diätenerhöhung gehen. Die Fraktion des MMB, unter der Leitung ihres langjährigen Vorgesetzten hat Widerstand angekündigt. Derweil tauchen im Sitzungssaal die uniformierten Beamten auf und beginnen damit mehrere Abgeordnete abzuführen. Draussen auf

den Gängen laufen aufgeregt einige hundert Lobbyisten von Banken und Wirtschaft umher und sorgen dafür, dass ihnen ihre Politiker nicht aus den Händen gleiten. Als die Polizeiaktion beendet ist und die Reihen einiger Parteien sich deutlich gelichtet haben sickert langsam durch worum es eigentlich ging. Die Staatsanwaltschaft hat alle Personen, die seit mehr als zwei Jahren die Umsetzung der EU-BRK torpedieren bzw. versuchen diese zu verwässern, verhaften lassen. Von seiten der Justiz wird diese Verhöhnung behinderter Menschen seit kurzem als Straftatbestand eingestuft.....Leider komme ich immer viel zu schnell in die Realität zurück. Träumen kann ja manchmal ganz schön sein, aber es bringt uns in der Sache nicht voran. Also heisst es weiter kämpfen und das Ignorantentum und desinteresse auf politischer Ebene zu beenden. Wie schon Heinrich Buschmann vom MMB sagt : "Nur die Macht der Masse kann unser Problem lösen". Also unterstützen wie die die uns unterstützen und zwar noch intensiver bis unser Recht schwarz auf weiss verankert ist. Mit freundlichen Grüßen an alle !  
Michael Kaufmann

---

Mario Mayer schrieb am 28.11.2012, 18:28

### **Ich kann kaum glauben ...**

... dass es wirklich wahr werden könnte. Seit 20 Jahren gehe ich als EU-Rentner im Zuverdienst arbeiten weil die Rente allein vorn und hinten nicht reicht. Die Rente bekomme ich, weil ich eine progressiv verlaufende Muskelerkrankung habe, die es mir nicht immer leicht macht, dieser Arbeit nachzugehen. Und obwohl ich einer anspruchsvollen Tätigkeit nachgehe, habe ich keinen Anspruch auf Kfz-Beihilfe, WEIL ich EU-Rentner bin.

Mein Auto ist mittlerweile 17 Jahre alt und ich hoffe, dass es noch ein paar Jahre fährt - denn ohne Auto, keine Mobilität und ohne Mobilität, keine Arbeit und ohne Arbeit kein Verdienst. Ohne Verdienst, kein rollstuhlgerechte Wohnung und somit keine Lebensperspektive mehr. Von den geringen Einkünften belibt mir am Ende des Monats kaum etwas übrig um es für ein neues Auto auf die Seite zu legen. Dies alles bedeutet für mich, dass ich jeden Tag mit meiner Behinderung leben muss, sondern auch vehement die Angst im Nacken habe, dass mein Auto irgendwann das zeitliche segnet bzw. eine Reparatur kommt, die ich nicht bezahlen kann. Wie soll man da Kraft finden um den Alltag zu überstehen? Deshalb hoffe ich sehr, dass die gesetzliche bedarfsorientierte Kfz-Beihilfe bald kommt, damit Menschen in ähnlichen Situationen endlich mal die Gewißheit haben, dass ihnen geholfen wird.

---

Karl-Heinz Gerl schrieb am 28.11.2012, 16:43

### **Zeit zum Umdenken ist überreif**

Als Eltern einer schwerbehinderter Tochter, die keine Chance hat jemals am Erwerbsleben teilhaben zu können, kämpfen wir schon seit Jahren gegen diese

Ungleichbehandlung unter den Behinderten.

Es kann nicht angehen, dass diese Gruppe von Behinderten Menschen keinen Rechtsanspruch auf Möbilitätförderung hat. Wir bestreiten diese Investitionen dafür alles aus eigener Tasche und haben dann noch die Schwierigkeit, diese "aussergewöhnlichen Belastungen" beim Finanzamt anerkannt zu bekommen, was diese ja zu 100% sind.

Ich möchte alle Verantwortliche in diesem Bereich auffordern, diese Ungleichbehandlung schnellstens abzuschaffen und eine generelle Lösung dieser Problematik für alle zufriedenstellend zu lösen.

---

Heinrich Buschmann schrieb am 28.11.2012, 14:38

### **Endlich ein klares Zeichen!! Bayern weist den Weg!**

Mobilität – ein wichtiger Faktor im Leben eines Menschen mit Behinderung wird nicht gefördert!!

Überall – Nein – Halt! In Bayern hat man es Begriffen – dafür unseren herzlichsten Dank!

In allen anderen Bundesländern gilt nachwievor: Förderung der Kfz-Hilfe nur für Menschen mit Behinderung, die im Erwerbsleben stehen! Trotz zwingender, verpflichtender UN-BRK, Artikel 20, tun die politisch Verantwortlichen nichts dafür. Das muss ein Ende haben!

Die Förderung der Mobilität darf sich ausschließlich und nur am Bedarf orientieren! Die Behinderung macht den Bedarf in allen Lebenslagen notwendig und eben nicht „nur“ das Erwerbsleben!

8 Millionen Menschen mit Behinderung leben in Deutschland – aber wir haben über 20 Millionen von Behinderung betroffener Menschen – nämlich die Geschwister, die Eltern, die Verwandten und Freunde, die allesamt am seidenen Faden der Mobilität hängen.

Inklusion, ein schönes Wort – es verblasst – wenn der Begegnungsradius an der Haustüre endet, weil kein passendes, behindertengerechtes Fahrzeug vor der Tür steht?

Immer wieder lehnen die Sozialbehörden die Förderung von behindertengerechten Fahrzeugen mit der Begründung ab, das das behinderte Kind nicht im Erwerbsleben stehe und daher nicht gefördert werden kann. Sie missdeuten damit die eigentlich klaren Worte des Gesetzes. Haupt- und Ursächlich liegt dies an der irreführenden Formulierung „insbesondere zur Teilhabe am Arbeitsleben“ – diese Formulierung ist lediglich eine Hervorhebung, jedoch keine Ausschließung.

Daher fordern wir dringend die Änderung des §8 der Eingliederungshilfeverordnung!

Tausend Familien leiden unter der völlig desolaten Auslegung des §8, dies, obwohl die falsche Auslegung gegen die klaren Worte im Artikel 20 der UN-BRK verstößt.

Die Fahrdienste mögen ihre Berechtigung haben, sind aber zur Gestaltung eines spontanen Familienlebens völlig ungeeignet –zumal deren Verfügbarkeitsgrad nicht vom Bedarf sondern vom Geldbeutel der Kommune bestimmt wird, d.h. die Menschen mit Behinderung haben wieder mal das Nachsehen.

Wenn die politisch Verantwortlichen im nächsten Jahr auch die Stimmen der Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen haben möchten – sollten sie diesem Wählerpotential heute ihr Ohr leihen und die Probleme tausender Familien ernst nehmen.

Heinrich Buschmann  
MMB-Vorsitzender

---

Matthias Grombach schrieb am 28.11.2012, 13:28

### **Endlich eine positive Nachricht zur individuellen**

Es war ja immer wieder das gleiche, man beantragt als behinderter Menschen Kfz-Hilfe und der Antrag wird mit der Begründung abgelehnt, dass man einer erwerbsfähigen Arbeit nachgehen muss, um diese Leistungen zu erhalten. Dass diese Menschen mit Behinderung aber schon im ganz normalen Alltag an der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft aufgrund ihrer Behinderung und den vielen baulichen und technischen Barrieren diskriminiert werden, und deshalb auf individuelle Mobilität stark angewiesen sind, wurde/wird meistens aus Kostengründen nicht berücksichtigt. Obwohl es die Gesetzeslage auch so vorsieht.

Persönlich erging es mir auch nicht anders,- mein Antrag auf KZ-Hilfe wurde, wie leider bei so vielen, vom zuständigen Sozialhilfeträger abgelehnt. So musste ich in Widerspruch gehen und viele, viele Stiftungen Anschreiben mit der Bitte um eine Spende für einen behindertengerechtes Fahrzeug. Ich hatte viel Glück, dass andere aber nicht haben, mir stellte die Stiftung ADAC "Gelber Engel" mit einem Schwung 20 000 € zur Verfügung. Auch andere Stiftungen ließen sich nicht lumpen und steuerten viele Tausende Euro bei. Aber genau das, sollte eigentlich nicht der Weg sein den man als Leistungsberechtigter gehen muss! Wie gesagt, hatte ich dabei viel Glück und bin darüber auch sehr, sehr dankbar! Andere müssen Jahren dafür kämpfen, obwohl sie auf Grund dass sie ohne geeignetes Fahrzeug nicht mobil sein können, in ihren eigenen vier Wänden gefangen sind!

Die bayerische Regierung hat jetzt den richtigen Weg eingeschlagen, woran sich

die anderen Bundesländer und der Bund ein Beispiel nehmen sollten! Einem Gesetz zur Sozialen Teilhabe, jetzt!

Vielen Dank an den MMB e.V.!

Matthias Grombach  
Vorstand - ForseA e. V.

---

Erika Naumer-Klein schrieb am 28.11.2012, 13:17

### **Hoffnung**

Der Beschluss des Landtages macht, vielen Menschen mit Behinderung, Hoffnung! Hoffnung, dass Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft wie es im Gesetz steht, nicht nur auf ihre Arbeitskraft reduziert wird. Es macht Hoffnung dass Familien mit behinderten Kindern, behinderte Eltern mit ihren Kindern, behinderte Frührentner die Möglichkeit gegeben wird, Freunde zu besuchen, ihre Freizeit selbst bestimmt zu gestalten aber auch sich ehrenamtlich zu engagieren, in Elternausschüssen aktiv zu sein und so vieles mehr was nichtbehinderten Menschen völlig selbst verständlich erscheint und das Leben lebenswert macht!

Es zeigt aber auch, dass die Arbeit, die wir Aktiven von Mobil mit Behinderung ehrenamtlich leisten etwas bewirkt.

Dank an alle die diesen Beschluss ermöglicht haben, dank an die Politiker/innen die sich mit unseren Problemen beschäftigen und unsere Nöte verstehen.

Erika Naumer-Klein

---

Antonietta Gut schrieb am 28.11.2012, 13:09

### **Halleluja!!!!**

Herr wirf Hirn ra! Endlich ist es geschehen.

Als Mutter und Vater einer schwer- und mehrfachbehinderten Tochter (und zwei weiteren Kinder) hat man reichlich mit der Pflege und Betreuung des Kindes zu tun. Ganz zu schweigen von den schlaflosen Nächten, der Knochenarbeit der Pflege und Rechtfertigungen, warum man was braucht. Angefangen von den einfachsten Hilfsmitteln.

Ständig als Bittsteller dazustehen, der alles offen legen muß, um nur annähernd ein "normales" Leben, wie andere Familien, führen zu dürfen, statt einen echten Nachteilsausgleich zu erfahren.

So als hätte man sich die Situation ausgesucht! Da tut so ein Urteil einfach nur gut! Hut ab für die Familie, die sich für den Rechtsweg entschlossen hat. Davon können nun viele Menschen profitieren. Vielen Dank!

Antonietta Gut



---

Ursula Keim schrieb am 28.11.2012, 10:45

### **Endlich Urteil zur KFZ-Beihilfe**

Es wäre wünschenswert, wenn noch mehr Betroffene den Rechtsweg beschreiten würden. Das ist zwar als Familie mit behindertem Kind, die an vielen Fronten zu kämpfen haben, mühsam und nervig, aber nur so wird sich in der ignoranten Auslegung des Bezirk Oberbayerns und anderen Behörden der Sozialhilfe etwas ändern. Wir sind gerade im Widerspruchsverfahren und hoffentlich bald im Klageverfahren, um die Richtlinien zur KFZ-Beihilfe gerichtlich überprüfen zu lassen. Es kann nicht sein, dass man auf Fahrdienste statt eigenes behindertengerechtes KFZ verwiesen wird, die seit Abschaffung der Zivis gar keine Leute mehr haben für Behindertenfahrdienste. Es kann nicht sein, dass wir auf öffentliche Verkehrsmittel verwiesen werden, die entweder nicht behindertengerecht sind oder am Wochenende nicht fahren oder wir wegen einer spontanen Grillparty bei Freunden dann 2 Stunden einfach mit öffentl. Verkehrsmitteln fahren müssen, um am sozialen Leben teil zu nehmen! Zitat des Bezirks: gewisse Unannehmlichkeiten sind zumutbar! Damit treibt man aber die Familie in die soziale Isolation! M.E. ist ein Auto - auch für Urlaubsfahrten 10 mal besser als Bahn oder Flugzeug - für den behinderten Menschen nicht nur komfortabel oder bequem, sondern ein unbedingt notwendiges Verkehrsmittel, um am sozialen Leben - das durch die Behinderung sowieso schon sehr eingeschränkt ist - teilzunehmen!!  
Uschi Keim

---

Klaus-Dieter Dingel schrieb am 28.11.2012, 10:41

### **Ein Lichtblick**

Ein Lichtblick am Horizont, ich hoffe nur, dass keine dunkle Wolken den schwachen Schein verdecken. Bayer ist von mir aus gesehen sehr weit weg. Ich erinnere mich noch sehr gut, als ich hoffnungslos zum MMB e.V. gestoßen bin. Alle waren hilfsbereit und dank der großartigen Unterstützung von unserem Buschi und den vielen Namenlosen Spendern und auch unzähligen Stiftungen ist es gelungen meine Mobilität wieder herzustellen. Frei sein, selbst entscheiden zu können, wann und wohin man fahren möchte, das kann nur der empfinden, der diese Freiheit verloren hatte. Menschen eingepfercht in Amtsstuben haben selbstverständlich dafür kein Gefühl, wenn Sie abends von Ihren Frauen am Ratloshaus abgeholt werden. Lasst uns sehr laut werden und diese frohe Botschaft in alle Köpfe und Amtsstuben tragen. Es gibt viel zu tun, packen wir es gemeinsam an. Jeder einzelne wird gebraucht. Ich wünsche allen eine schöne Vorweihnachtszeit und danke für dieses Geschenk aus Bayern.

---

Matthias Otten schrieb am 28.11.2012, 10:25

### **Teilhabe ist mehr als Arbeiten**

Dieses Urteil ist richtungsweisend insofern es die seit jeher politisch und gesellschaftlich inakzeptable Trennung von Arbeitsleben und "sonstigem" Leben (!) aufhebt und nunmehr beide Sphären gleichberechtigt stellt. Die Reduzierung eines lebenswerten Alltags primär auf die Arbeit und den Einkommenserwerb bzw. auf die "unbedingt notwendigen Verrichtungen" wird damit relativiert, und das ist richtig so. Teilhabe ist mehr als Arbeitsleben!

Es bleibt freilich abzuwarten, die die Leistungsträger bundeseinheitlich mit diesem Urteil umgehen werden und ob es "Ausweichargumentationen" geben wird, die aber mit diesem wichtigen Grundsatzenscheid sehr viel eher entkräftet werden können. Insofern sollte es das Ziel sein, dieses Urteil möglichst breit in der Gesellschaft bekannt zu machen.

Danke an die langjährigen Bemühungen des MMB e.V., dem man hier zu einem "epochalen" Sieg in der Sache gratulieren kann.

---

Sandra Streit schrieb am 28.11.2012, 08:30

### **Es wird Zeit!**

Solche Entscheidungen sind längst überfällig. Eine wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist für Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind nur mit einem entsprechenden Fahrzeug möglich. Insbesondere wenn sie auf dem Land leben.

Ich selbst hoffe noch auf Unterstützung und lebe aufgrund mangelnder Mobilität sehr isoliert. Das muss sich ändern. Heutzutage sollte kein Mensch mehr aufgrund seiner Behinderung ausgeschlossen und diskriminiert werden. Es wird Zeit, dass sich das auch in der Praxis umsetzt.

---

Jessica Müller schrieb am 28.11.2012, 07:46

### **Es wird Zeit!**

Offenbar gibt es doch Menschen, die etwas verstanden haben!  
Nun hoffe ich für meinen behinderten Sohn, und auch andere Familien, dass dieser Vorstoß auch auf andere Bundesländer ausgeweitet wird.  
Denn, auch Kinder haben ein Recht auf Mobilität, was bisher von allen Sozialbehörden - trotz eindeutiger Gesetzeslage - missachtet wurde. Dies drängt die Familien, die oft genug wegen der Pflege ohnehin nicht, oder kaum, berufstätig sein können, noch weiter in die Rolle des Bittstellers. Diese Vorgehensweise finde ich einfach nur erbärmlich!

Mit freundlichem Gruß

Jessica Müller

Vorstandsmitglied Nicos Farm e.V.  
und Mitglied im MMB

---

Simone Ahrens schrieb am 28.11.2012, 06:07

### **Dem Ziel ein Stueck näher**

Nach 22 Jahren Pflege, dem Kampf und Betteln um ein bisschen individuelle Mobilität, Angst, sie wieder zu verlieren, macht mir diese Nachricht Mut. 8 Jahre ehrenamtliche Arbeit im Verein MMB e.V. Geben mir Recht, dass wir gemeinsam bewegen können. Mein Sohn erlitt vor der Geburt einen Schlaganfall und ist heute ein junger Schwerstbehinderter junger Mann. Danke an alle, die taeglich trotz ihrer eigenen Behinderung für die Schwächsten der Gemeinschaft mitkämpfen. Ich stand vor 8 Jahren mit verlorener Mobilitaet alleine da, bis ich im MMB die Menschen traf, die den Kampf gegen die Diskriminierung bereits aufgenommen hatten. Aufklärung, unendlich viele Emails und Gespräche, Kampf mit Behörden. Gerade in Bayern schien nichts veränderbar. Nun zeigt dieser Antrag, dass es Menschen gibt, die verstanden haben. Aufklaerung erweitert Wissen, bringt Menschen ohne Behinderung in die Situation, verstehen zu können. Wir leben noch in einer Parallelwelt, doch täglich vermischen sie sich mehr. Inklusion nennt man diesen Prozess. Inklusion der Unwissenden in unsere Welt und folglich auch Inklusion In die andere Richtung, oder ist das Integration mit dem Ziel der Inklusion? Der MMB steht für 3 Millionen mobilitaetseingeschraenkte Menschen in Deutschland. Wieviele Menschen verschwinden in Pflegeheimen, da Familien und Angehörige und diese Menschen selbst aufgrund fehlender Mobilität ihr Leben in der Gemeinschaft nicht mehr bewältigen können? Mein Sohn ist inkontinent und muss alle 3 h gewickelt werden. Wo kann ich einen 1,80m großen und 80 kg schweren Menschen wickeln? Diese Menschen sind ausgeschlossen, da ihr Aktionsradius auf ein Minimum an Zeit begrenzt ist. Nur sein behindertengerecht umgebauter Bus, mit der Moeglichkeit, zu wickeln, hat uns die Freiheit zurück gegeben. Diesen habe ich zusammengebettelt, denn alleine der Umbau kostete ein Vermögen. Unterstützung durch die Gemeinschaft bekam ich nicht, dafür aber das Angebot, meinen Sohn doch endlich ins Heim zu geben. Geld ist scheinbar vorhanden oder wie wird das Heim bezahlt?

---

Thomas Maier schrieb am 28.11.2012, 01:03

### **Kaum zu glauben, daß sich jemand an das Gesetz eri**

Kaum zu glauben, daß sich jemand an das Gesetz erinnert. Aber dazu sind die Gesetze doch da. Hoffentlich erinnert man sich bundesweit an die Gesetze im Sozialgesetzbuch und verfährt endlich mal danach! Ansonsten hätten wir weiterhin Gesetzesbrecher in wichtigen Funktionen. Das war, ist und wäre auch für die Zukunft untragbar! DESHALB HOFFE ICH, DASS ES AUF DIESEM NUN EINGESCHLAGENEN WEG WEITER GEHT!

---

Sabine Schiffers schrieb am 28.11.2012, 00:57

### **KFZ Zuschuss für NRW**

Ich bin seit über 10 Jahren geschieden und habe einen Sohn der 19 Jahre alt ist und Muskeldeystrophie vom Typ Duchenne hat und Wohnen in NRW.

Sein Vater kümmert sich überhaupt nicht um ihn.

Pascal sitzt seit 2006 in einem Rollstuhl und seit 2007 in einem E-Rollstuhl.

Für uns ist der Landschaftsverband Köln zuständig.

Leider habe ich auch die Erfahrung gemacht mit den Behörden!

Da mein Sohn nicht Arbeitet, steht weder ihm noch mir ein Auto zu und auch keine Zuschüsse.

Lediglich den Umbau hat man übernommen.

Das KFZ habe ich dank der Hilfe des MMB und den vielen Stiftungen erhalten.

Mein Sohn wiegt mittlerweile 109 kg der Rollstuhl 180 kg die Rampe ist aber nur bis 300 kg belastbar,

somit kommt die Rampe an seine Grenzen.

Zweimal hatten wir deshalb schon einen Ausfall.

Ich fahre einen Renault Trafic !

Das Fahrgestell ist sehr schlecht bei diesem Fahrzeug was ich vorher nicht wusste.

Bei Unebenheiten der Strasse bekommt mein Sohn immer Schläge im Rücken was grosse Schmerzen verursacht.

Daher brauche ich ein Neues Fahrzeug das mit einer Rampe mit Höhere Belastbarkeit.

Eine Bezuschussung für ein Neues Fahrzeug beim Landschaftsverband ist bei uns ausgeschlossen.

Wir bekommen noch nicht mal für den jetzigen einen Dreipunktgurt was ein ding der Unmöglichkeit ist.

Mein Sohn hat nur einen Bauchgurt.

Ich hoffe und wünsche mir sehr das dieses Bitten und Betteln bald auch bei uns aufhört in NRW.

Es ist sehr traurig das man für alles Kämpfen muss als ob man nicht so schon genug leid hat.

Gruss,

Sabine Schiffers

---

Leonhard Eberle schrieb am 27.11.2012, 23:52

### **Ein weiterer Schritt in die richtige Richtung**

Hallo Zusammen,

ich bin seit 3 1/2 Jahren schwerbehindert und habe relativ schnell gemerkt, wie schwerbehinderte von einer Stelle zur nächsten Stelle geschickt zu werden und am

schluss kaum Erfolg hatten, wie alle Sozialbehörden und öffentliche Ämter uns Ablehnen wenn es um die Mobilität geht.

Dieser Schritt ist einer nach vorne, dieser Schritt hilft Schwerbehinderten die noch am Anfang ihres Lebens stehen und mit solch radikalen Lebensveränderungen zurechtkommen müssen.

Setzen wir uns weiter für unsere Rechte ein, die die Politiker bisher versucht haben zu ignorieren.

Setzen wir uns nicht nur für Bayern ein, natürlich auch für alle anderen Bundesländern, auf das Schwerbehinderte durch die Hilfe des Staates am sozialen Bereich des Lebens nicht den Anschluss verlieren.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Eberle

---

Julia Hofmann schrieb am 27.11.2012, 23:41

### **Prima!**

Als Mutter eines schwerst körperlich und geistig behinderten Sohnes von knapp 14 Jahren, kann ich diesen Beschluß mehr als begrüßen.

In meiner Trennungsphase habe ich letztes Jahr versucht mich durch den Bürokratiedschungel zu quälen, um am Ende bei den Stiftungen um ein geeignetes Fahrzeug für Tristan zu betteln, ohne welches ich nur noch an meine Wohnung und die umliegenden Strassen gebunden gewesen wäre.

Der MMB war am Ende eine große Hilfe!!!

Trotz vieler Absagen haben wir es nach einem Jahr doch geschafft und einen behindertengerechten Caddy mit Rampe erhalten, wofür ich den Stiftungen und dem MMB mehr als dankbar bin, aber ich weiß auch, dass dieses Auto nicht ewig fahren wird und mein Sohn größer wird...

---

Gisela Maubach schrieb am 27.11.2012, 23:11

### **Werden Sozialhilfeträger sich dran halten?**

Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit eines KFZ hat das BSG bereits am 2. Februar 2012 folgendes festgestellt (B 8 SO 9/10 R):

"Dabei ist den individuellen Bedürfnissen der Klägerin Rechnung zu tragen; es genügt nicht der Hinweis des LSG auf eine anderweitig gewährleistete Grundversorgung von vier Fahrten á 35 km monatlich im Rahmen privater Zwecke"!

Ob man davon ausgehen darf, dass die Sozialhilfeträger sich jetzt freiwillig an

Gesetz und Rechtsprechung halten werden?

---

Sabine Dörsch schrieb am 27.11.2012, 22:46

### **Zeit wird ´s**

Ich bin Mutter eines 14jährigen Jungen mit der Diagnose Infantile Cerebralparese, Er ist auf den Rollstuhl angewiesen, kann keinen Schritt gehen. Auch uns wurde von Seiten der Sozialbehörden jegliche Hilfe verweigert, als es um die Anschaffung eines behindertengerechten

Fahrzeugs ging. KFZ Beihilfe kann nicht gewährt werden, da das Kind noch nicht am Arbeitsleben teilnimmt.

Man könnte es auch so ausdrücken, solange keine Steuern bezahlt werden, gibt es nichts vom Staat.

Als mein Mann vor 2 Jahren tödlich verunglückt ist, wurde ein Spendenaufruf in unserer Gemeinde gemacht. Durch diesen Spendenaufruf konnten wir uns einen 3 Jahre alten VW T5 mit Hebebühne kaufen. Wäre die Spendenbereitschaft nicht so groß gewesen, müsste ich meinen Sohn noch immer ins Auto heben, aber dass ist den Sozialbehörden egal.

Doch zum Glück ändert sich das jetzt.

---

Adam Zdeb schrieb am 27.11.2012, 21:20

### **Endlich wird uns geholfen, DANKE!!!**

Ich bin Vater von einem 2,5 Jahre alten Jungen, der an Muskelschwund leidet. Als ob die schreckliche diagnose nicht genug wäre, verweigert uns die zuständige Sozialbehörde jegliche Hilfe, und das obwohl ich der Alleinverdiener einer 4-köpfigen Familie bin.

Als begründung der Ablehnung wird uns gesagt: eine Familie mit schwerst Behindertem Kind braucht kein behindertengerechtes Fahrzeug!!!

Es ist schon Traurig, wie seit Jahren bestehende Gesetze von den Mitarbeitern der Länder und Kreise umgegangen werden, und dass man für die durchsetzung eigener Rechte die Anwälte und Gerichte bemühen muss. Man verweigert die Hilfe und verschwendet lieber die Steuergelder aller Mitbürger für langwierige und teure juristische behilfen eines Rechtsanwalts sowie gerichtliche Auseinandersetzungen um am ende den Antrag auf KFZ-Beihilfe doch noch positiv zu beantworten, dann aber zzgl. Anwalts- und Gerichtskosten. Und das alles wo die Regierung einen Sparkurs fahren will.

Endlich wird diese vorgehensweise ein ENDE haben!!! DANKE

---

Helmut Rebmann schrieb am 27.11.2012, 15:28

### **Sehr deutlich formuliert!**

Hallo Alexander,

vielen Dank für diese überaus gut und deutlich formulierte Antwort an die Regierungsbezirke in Bayern. Schon lange ist bekannt, dass im bayerischen Landtag Wein gepredigt wird, in den Regierungsbezirken jedoch Wasser getrunken werden muss. Mit diesem Beschluss muss dem ein Ende gesetzt werden. Wir sollten nicht abwarten, wie sich das auf die anderen Bundesländer bzw. auf den Bund auswirkt, sondern es liegt an uns allen dafür zu kämpfen, dass diese Regelung in die Köpfe aller Politiker vordringt und bundesweit umgesetzt wird.

Mit besten Grüßen

---

Detlef Wapenhans schrieb am 27.11.2012, 15:27

### **Endlich ein Schritt in die richtige Richtung**

DANKE!!!

Seit Jahren arbeite ich beim Verein "Mobil mit Behinderung" ein uneingeschränktes Recht auf Mobilität im Rahmen der Eingliederungshilfe.

Dieser Beschluss ist seit langem fällig und MUSS unbedingt auf die anderen Bundesländer ausgeweitet werden!!!

Mit freundlichen Grüßen  
Detlef Wapenhans  
Berater MMB e.V.

---

© Kooperation Behinderter im Internet e.V.  
Alle Rechte vorbehalten

[Seite drucken](#)  
[Zur Online Version](#)